

## Lasst Euch nicht über den Tisch ziehen!



Markus Borner,  
e. Grossrat,  
SD-Zentral-  
Vizepräsident,  
Basel

**Nein zum Cassis-de-Dijon-Prinzip (deshalb Referendum unterschreiben!). Nein zur IV-Zusatzfinanzierung (auch deshalb bei der Abstimmung vom 27. September die Mehrwertsteuer-Erhöhung ablehnen!). Weshalb Konsumenten, Arbeitnehmer, Selbstständige und Rentner besser zu alledem Nein sagen, entnehmen Sie den nachfolgenden Argumenten.**

Mit der Einführung des **Cassis-de-Dijon-Prinzips (CdD)** streben Bundesrat und Parlamentsmehrheit eine «billigere» Schweiz an. Neu sollen in der EU zugelassene

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Produkte ungehindert in die Schweiz eingeführt werden dürfen – und dies **ohne Gegenrecht** für unsere Produzenten. Die EU muss folgedessen unsere Normen **nicht** anerkennen! Die schweizerischen Hersteller und Produzenten in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie geraten damit immer mehr unter Druck. Aber trotz den ungleich langen Spiessen (hohe Miet-, Lebenshaltungs- und Sozialabgabekosten, wie

auch Steuern und Gebühren) erarbeitete die produzierende Schweiz dank wirtschaftlicher Tüchtigkeit im letzten Jahr einen positiven Handelsbilanzüberschuss von fast 20 Milliarden Franken!

### Das Gute und Bewährte beibehalten

So schlecht ist also unser Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse (THG) nicht, welches der Schweiz heute mit gesetzlichen Vorgaben anerkannte und wirksame Standards in Bezug auf Gesundheits-, Umwelt- und Naturschutz zusichert. In unserer Bundesverfassung findet sich übrigens dazu ein bemerkenswerter Passus, der in Artikel 2, Absatz 2 besagt: **«Die Eidgenossenschaft... ...fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.»**

### Willy Cretegy der Initiator

Dieser Genfer Winzer kämpft schon seit Jahren mit seiner Bauernbewegung «La Vrille («die Klette», die jede Mauer erklimmt!) für eine schweizerische Agrarpolitik, die diesen Namen auch verdient. Was tut denn diesbezüglich der Schweizer Bauernverband unter dessen Präsidenten, SVP-Nationalrat und Fast-Bundesrat, Hansjörg Walter?

Mit der **einseitigen** Einführung des CdD-Prinzips (**die EU verlangt von der Schweiz dies gar nicht!**) würde die Position der Schweizer Produzenten gegenüber der europäischen Konkurrenz einmal mehr geschwächt. Es geht dabei beileibe aber nicht nur um den Import von Wein oder landwirtschaftlichen Produkten. Es steht viel mehr auf dem Spiel!

### Konsumenten und Gewerbe für dumm verkaufen?

Die Einführung des CdD-Prinzips hat eben nicht nur den Vorteil(?) «billigerer» Preise zur Folge, son-

dern vielmehr ein **Einknicken der hohen schweizerischen Produktions- und Qualitätsstandards!** Ein Ja zum CdD-Prinzip zwingt die Eidgenossenschaft fast ausnahmslos – Produkte und Waren aus einem EU-Staat (z.B. Bulgarien), die dort im Handel sind oder produziert werden – auf dem schweizerischen Markt zuzulassen. Viele unserer heutigen Standards würden hinfällig! Unsere Konsumenten erhielten **nicht mehr immer** «sichere» Nahrungsmittel. Arbeitsstellen in der Schweiz gingen aufgrund des Produktionsrückgangs verloren, da in (zu)vielen Bereichen, im Vergleich zum Ausland (aufgrund unserer hohen Qualitätsstandards), zu teuer gearbeitet wird. **Letztlich zählt eben nur noch der Preis!**

Das Malaise geht aber noch weiter: Nicht EU-Produkte, die z.B. in Bulgarien eingeführt und verkauft werden dürfen (welches Qualitätsniveau ist dort eigentlich gültig?), könnten auch problemlos in der Schweiz unter die Leute gebracht werden. Die Warenhändler in China und andern Billiglohn-Ländern reiben sich schon jetzt die Hände! Was sagte die **Economiesuisse** in ihrer Verlautbarung vom Juli 2009 (nach der Sommersession des Parlamentes) zum CdD-Beschluss: **«Ohne inländische Produzenten zu diskriminieren, können künftig in der Schweiz auch solche Produkte in den Verkehr gebracht werden, welche nach den Vorschriften der EG oder eines EG/EWR-Mitgliedstaates hergestellt und vertrieben worden sind.»** Alles Mumpitz! Eine Diskriminierung entsteht natürlich für inländische Produzenten und letztlich auch für Konsumenten, Arbeitnehmer, Selbstständige, Bauern u.a. **Jetzt werden wir noch gezwungen (zusammen mit Verbündeten) innert 100 Tagen**

Fortsetzung Seite 2



General Henri Guisan, 1941

**Grosser Dank und Anerkennung an die damaligen Aktivdienstleistenden und deren Angehörigen – Ihr wart tapfer, gradlinig und heimatreu!**

**Eure dargebrachten Opfer von 1939 bis 1945 bleiben uns Schweizer Demokraten unvergessen!**

## Inhalt

- 2 Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer
- 3 Leben und Umwelt
- 5 Europa auf der Verliererstrasse?!
- 6 «Recht + Freiheit» irrt!
- 7 Dienstbüchlein als Zeit- und Familiengeschichte
- 8 Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Diskussion zur Sterbehilfe-Problematik

## Lasst Euch nicht über den Tisch ziehen!

Fortsetzung von Seite 1

### 50 000 Unterschriften für das Referendum zu sammeln!

#### Knieschoner verteilen?

Reicht es denn nicht, wenn unser Bundespräsident in Tripolis auf «Knien» rutschte und sich entschuldigt (für was denn?). Es ist bedenklich, wenn der Bundesrat und die Multikulti-Parteien mit dem Falschspielertrick «CdD» versuchen die Wirtschaft zu «beleben». **Letztlich müssten doch auch die Löhne der Werkstätigen gesenkt werden** – wenn wir uns grösstenteils nur noch mit low-quality-Waren herumschlagen – und diese auch noch produzieren müssen. Wo bleibt denn der Gedanke einer innovativen und qualitätsorientierten Schweizer Industrie? Wo bleibt der Gedanke einer Schweiz, in welcher wir Errungen-

schaften wie Sozialpartnerschaft, Bürgerdemokratie und die Souveränität des Landes verteidigen?

Auch sollten wir nicht nur von Umweltschutz reden, sondern diesen praktizieren. Die Grüne Partei unterstützt dieses Referendum ebenfalls. Doch schien es anfangs, als ob die oberste Parteileitung Mühe hätte dazu Ja zu sagen, da auch Organisationen rechts der politischen Mitte dieses Referendum unterstützen. Da sag ich nur: **«Ein in Not geratener Schwimmer fragt nicht danach, ob der Retter denn Meier oder Müller heisst!»**

#### Die Verräter sind unter uns

Auch der Schreibende ist Gönner der «Stiftung für Konsumentenschutz». Bis anhin war auch ich der Ansicht, dass die verschiedenen Konsumentenorganisationen (kf, SKS, acsi und FRC) auf der Seite der Konsumenten stehen würden. Jetzt mache ich jedoch hierzu ein grosses Fragezeichen: So lies-

sen doch diese vier Organisationen in ihrer gemeinsamen Medienmitteilung vom 26.02.09 zur «CdD-Vorlage» u.a. folgendes verlauten:

– **«Ebenso hat die (vorberatende parlamentarische) Kommission das Risiko eingedämmt, das von unsicheren Lebensmitteln ausgeht» (beachten Sie bitte die Ausdrücke «eingedämmt» und «unsicheren»).**

– **«Die Konsumentenorganisationen werden betreffend Informations- und Beratungstätigkeit vermehrt gefordert sein und verlangen deshalb mehr finanzielle Mittel.»**

– **«Für einen effektiven Vollzug muss ein Amt für Lebensmittel- und Produktsicherheit geschaffen werden.»**

Und was schrieben die «konsequenzen» Vertreter der oben aufgeführten Konsumentenorganisationen noch in ihrer Medienmitteilung: *«Langwierige Verhandlungen mit der EU, im Falle einer*

*gegenseitigen Einführung (des CdD-Prinzips), würden die Preise nur unnötig lange hoch halten.»*

Für wie dumm halten diese sogenannten «Konsumentenschützer» die Konsumenten eigentlich? Bedenklich ist auch: Diese Kreise wollen sich mit der Abschaffung der sogenannten «technischen Handelshemmnisse (THG)» noch die eigene Kasse füllen!

**Steigbügelhalter für die Einführung von minderwertigen Billigprodukten nenne ich solche Leute!**

**Fazit: Verhindern wir, dass wiederum ein Stück Schweiz kaputt geht. Unterschreiben Sie oder noch besser – lassen Sie den beiliegenden Referendumsbogen betreffend Cassis-de-Dijon-Prinzip auch unterschreiben. Das Volk soll selbst entscheiden können! (weitere Argumente unter: [www.laville.ch](http://www.laville.ch))**

## Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer (MwSt.) auf 8 Prozent!

Tatsache ist: Die Invalidenversicherung (IV) befindet sich in einer finanziellen Krise (...nicht nur dies!) und es wird noch schlimmer kommen, denn heute wird immer nur **Pflasterlipolitik** betrieben! Es ist schon seltsam – als es beispielsweise um die Bilateralen Verträge mit der EU oder um das Schengener-Abkommen ging – liessen Bundesrat und die Mehrheit in beiden Räten nie etwas «anbrennen» (kein langes Abwarten!). Da wurden im Nu Vorlagen vorbereitet und durch die «Pipeline» gejagt... Wenn es jedoch um unsere Sozialversicherungen geht, dann darf viel, viel Wasser den Rhein hinunterfliessen!

### Regierende haben jahrelang geschlafen!

Seit Jahren wird der AHV-Fonds geplündert, indem diesem täglich 4 Millionen Franken entnommen werden für die IV! **Die AHV wäre an und für sich gesund!**

Die IV ist jedoch seit langem in einem finanziell katastrophalen Zustand. Schon vor über 10 Jahren hätte hier gehandelt werden müssen. Jetzt endlich tut sich etwas. **Dieses Milliarden-Loch haben die Regierenden in Bern zu verantworten, da sie dem Ungemach nur immer zuschauten.** Plötzlich wird nun «Fürio» geschrien und gleichzeitig werden noch falsche Massnahmen anvisiert! **Die ganze Vorlage von 27. September beruht auf einem Lügengebäude, die vom Stimmbürger bachab geschickt werden muss!**

### AHV-Rentner werden gegen IV-Rentner ausgespielt!

Solche Tricks gehören eigentlich ins Repertoire von totalitären Staatsführungen. Dabei tun unsere Regierenden noch immer so, als ob sie es gut meinten – mit dem einfachen Volk!

#### Folgende Ungereimtheiten veranlassen uns die Notbremse zu ziehen:

– Warum soll die MwSt. um 0,4 Prozent angehoben werden, wenn dies doch unsozial ist und vorab Familien und Kleinverdiener am meisten trifft. Letztgenannte brauchen ihr Geld für den täglichen Konsum! Zudem sollte die Teuerung nicht angeheizt werden!

– Warum werden nicht die IV-Lohnabzüge bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhöht (wenn überhaupt!). Dies wäre sozialer, da hierbei Leute mit hohen Einkommen mehr und Kleinverdiener tiefere Beiträge leisten müssten.

– Dass die MwSt.-Erhöhung zeitlich auf 7 Jahre begrenzt bleiben soll, glaubt in Anbetracht früherer Erfahrungen (die Sommerzeit lässt grüssen!) niemand mehr.

– Economiesuisse befürchtet aus guten Gründen infolge der Erhöhung der MwSt. und der daraus folgenden Schwächung der Konsumenten einen «Kaufkraftverlust». Deshalb liess sich der Bundesrat erweichen, dass bei einer Annahme der Vorlage die MwSt.-Erhöhung erst ein Jahr «später» umgesetzt wird. Dies ist etwas noch nie Dage-



#### Sozialpolitik hat auch etwas mit finanzieller Gerechtigkeit zu tun!

wesenes in der schweizerischen «Abstimmungsgeschichte».

Da wird gewurstelt, wie es eben gerade passt!

– Den EU-Freunden in der Schweiz ist jedes Mittel recht, damit der MwSt.-Satz nach oben geschraubt werden kann. Die EU hat einen Minimalsatz von 15 Prozent. Jede Angleichung nach oben an diese 15-Prozent-Marke erleichtert das Ja bei einer mit Sicherheit später wiederkommenden Abstimmung für einen EU-Beitritt der Schweiz! Laut der EU-Freunde darf der hohe MwSt.-Ansatz keinen Stolperstein mehr bilden. Dieser soll nun nach und nach aus dem Wege geräumt werden, was eine schrittweise Anpassung Richtung 15 Prozent bedeutet!

#### Weshalb ist Politik dermassen verlogen?

Es ist ein Skandal, wenn z.B. die Vertreter des bürgerlich-liberalen Komitees **«AHV sichern – IV sanieren»** in ihren «Infos» von «Zah-

lungsunfähigkeit der AHV» und **«Rentensenkungen für IV-Rentner bis zu 40 Prozent»** schwatzen. Hierbei handelt es sich um nichts anderes als um Lügen, um verunsicherte AHV- und IV-Renter bei der Abstimmung ins Ja-Lager zu ziehen... Solche «Aussagen» sind **unanständig und ehrlos**, da ein solcher Sozialabbau in der Schweiz nie und nimmer durchgesetzt werden könnte! **Erinnern Sie sich bitte: Bei der UBS-Pleite half der Bund rasch mit 60 Milliarden Franken aus. Das Einspringen des Bundes bedeutet auf lange Sicht natürlich keine Lösung, zeigt aber, dass Rentenkürzungen von 40 Prozent nie ein Thema werden könnten, denn mit solchen finanziellen Einbussen gerieten viele Renterinnen und Rentner in Not und müssten u.U. Sozialhilfe beanspruchen. Und diese Sozialhilfe müsste auch wieder staatlich finanziert werden! Deshalb gilt die Devise: Lügen haben kurze Beine!**

Zweckdienlichere Vorschläge zur langfristigen Sicherung der Sozialwerke sind:

– Der Bundesrat muss die Zuwanderung von Arbeitskräften aus EU-Staaten begrenzen (was ihm möglich ist – er aber bislang nicht tut!). Stellensuchende Schweizer und hier niedergelassene Ausländer sollten eine Chance erhalten, ihren Unterhalt (und für die Familie) selbst zu verdienen. Somit gäbe es tausende von Leuten, die nicht von un-



seren Sozialwerken leben müssten (Ausgesteuerte, ältere und «psychisch» angeschlagene Leute die einfach keine Stelle mehr erhalten, da neueinreisende junge Ausländer billiger sind).

Somit könnten die IV, die Arbeitslosenkasse, die Sozialhilfe, die EL und nicht zuletzt die Krankenkassen entlastet werden. Zudem würden diese Menschen selbst auch **wieder Sozialbeiträge einbezahlen**.

- Missbräuchen im IV-Bereich (man spricht von jährlich 50 Millionen Franken) muss ein Riegel geschoben werden. Regelmässige Überprüfungen des Gesundheitszustandes von insbesondere im Ausland lebenden IV-Rentnern sind konsequent durchzuführen!
- Der gemeinsame Rententopf von IV und AHV ist umgehend aufzuteilen und dies **nicht zum Nachteil der AHV-Renter**.
- Der Erlös vom Verkauf des überschüssigen Nationalbankgoldes

ist der AHV und IV gutzuschreiben!

### Leeren Versprechungen keinen Glauben schenken

Ich hoffe, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Abstimmung vom 27. September den Mut aufbringen mit **Nein zu stimmen** und sich nicht – ob der erpresserischen Aussagen der Regierenden einerseits und den Schallmeiengesängen von netten Politikern andererseits – ins Bockshorn jagen lassen. Es gibt eben bei Abstimmungen nicht ein wenig Ja und ein wenig Nein! Bei einem **Nein** auf dem Stimmzettel wissen die Damen und Herren in Bundesbern, was sie zu tun haben:

**Dem Souverän keine Mischmasch-Rechnungen mehr auftischen, die Konsumenten, AHV- und IV-Rentner auseinanderdividieren sollen...**

**Gerechtigkeit, Realitätssinn und Transparenz sind gefordert!**

**Besonders enttäuschend ist jedoch, dass der Anlass, der gut besucht war und in der Öffentlichkeit allgemein anerkannte Koryphäen zu Wort kommen liess, keinerlei Echo in den Medien aus-**

**löste, weder in der Presse noch in Radio oder Fernsehen. Er wurde bewusst totgeschwiegen. Es ist keine andere Erklärung denkbar.**

*Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat*



## Ursache der Verbauung?

**Die Schweiz wird zugebaut:** Fast ein Quadratmeter Grünfläche pro Sekunde – täglich rund zehn Fussballfelder – verschwindet unter Strassen, Einkaufszentren, Parkplätzen und Häusern. Mehr überbaute Fläche bringt auch mehr Verkehr. Obwohl zahlreiche Gebäude leer stehen, werden vielerorts Neubauten errichtet. Die bereits überdimensionierte Bauzonenfläche der Schweiz wächst weiter an.

Doch Boden ist nicht vermehrbar. **Die freie Landschaft, Erholungsgebiete, natürliche Lebensräume und das Kulturland kommen immer mehr unter Druck.** Zusammenhängende Lebensräume für Tiere und Pflanzen, einzigartige Landschaften, die das Gesicht der

Schweiz prägen, sowie eine gute Qualität von Luft, Wasser und Boden müssen erhalten bleiben.

*Pro Natura*

**Kommentar:** Was ist die Hauptursache der zunehmenden Verbauung der Schweiz? (So viele Gebäude stehen ja nicht leer!) Noch nie habe ich in einer offiziellen Stellungnahme der Pro Natura – abgedruckte Leserbriefe ausgenommen – gelesen, sie opponierten gegen die ständige Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung und empfahlen den Stimmbürgern (und -bürgerinnen) in irgendeiner Volksabstimmung eine bestimmte Stimmabgabe, weil dadurch die Einwanderung gebremst würde.

*Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat*

## Restwassermengen nochmals reduzieren

Bereits 1975 und 1992 erhielt das Bundesparlament vom Volk den Auftrag «angemessene Restwassermengen» zu sichern und die Gewässer vor nachteiligen Entwicklungen zu schützen. Heute, Jahre nach diesen Volksentscheiden, sind die Ziele des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) nach wie vor nicht erreicht. Die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» will die Renaturierung der Gewässer mit einem neuen Artikel 76a in der Bundesverfassung (BV) ergänzen. Mit dem Gegenentwurf der ständerätlichen Kommission sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um die Vitalisierung der Gewässer zu fördern. Dabei sollen einerseits die negativen Auswirkungen der schwallartigen Abflussschwankun-

gen unterhalb von Speicherkraftwerken (Schwall-Sunk) reduziert und der Geschiebehalt reaktiviert werden. Andererseits wurde aber im Ständerat beschlossen, Wasserfassungen bereits ab 1500 m.ü.M (heute 1700 m.ü.M.) von der heute geltenden Restwasserpfllicht auszunehmen. Realitätsfremd ist das Schema für Ausnahmen bloss nach der Höhenlage. Oft stimmt es nicht, dass höher gelegene Gewässer nur geringes ökologisches Potenzial aufweisen. Die Erfahrung zeigt, dass die heute geltenden Ausnahmebestimmungen zur Regel mutierten. Die Mindestrestwassermengen sollten eine nicht unterschreitbare Alarngrenze darstellen.

*Greina-Stiftung*



## Enttäuschendes Streitgespräch

Urs P. Gasche ist ein Journalist, der nicht nur als Konsumentenschützer und ehemaliger Moderator der Fernsehsendung «Kassensturz» bekannt geworden ist. Er hat sich schon verschiedentlich negativ über das allgemeine, kaum kritisierte Politiker- und Mediengeschrei geäussert, immer und überall gedankenlos «mehr Wachstum» zu fordern. Er hat zu diesem Thema auch ein Buch geschrieben («Das Geschwätz vom Wachstum», erschienen bei Orell Füssli, Zürich). Dies hat die Ecopop, die einzige Schweizer Umweltschutzorganisation, die sich mit dem Zusammenhang «menschliche Bevölkerungsdichte – Umweltzerstörung» beschäftigt, bewogen, ihn einzuladen, sich einem Streitgespräch mit einem der härtesten Neoliberalen der heutigen Zeit, dem Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Freiburg, Reiner Eichenberger, zu stellen. Das öffentliche Gespräch fand am 3. Juni 2009 im grossen Saal des Hotels Glockenhof in Zürich statt. Die Versammlung war sehr

gut besucht und der Saal, der etwa 300 Personen fasste, randvoll.

Das Gespräch mit anschliessender Publikumsdiskussion verlief zwar etwas enttäuschend, indem Gasche zu wenig hartnäckig den Argumenten von Eichenberger entgegentrat, der die altbekannte Schallplatte der neoliberalen Globalisten vortrug, er befürworte ein nachhaltiges oder «qualitatives Wachstum». Die konkrete Menschenerfahrung spricht allerdings dagegen. Nirgends auf der Welt ist bisher ein wirtschaftliches Wachstum ohne Zunahme des materiellen Ressourcenverbrauchs, von Rohstoffen und Energie, auch ohne Wachstum der Abfallberge möglich gewesen; und in Europa mit der niedrigen Geburtenziffer hat dieses Wachstum auch nicht ohne Beizug von Einwanderern vonstatten gehen können. Was wächst, nimmt quantitativ immer zu, und was «nachhaltig» ist, das heisst in einem dauerhaften Gleichgewicht verharret, wächst nicht! Dies sollte allgemein bekannt sein.

## Trendwende bei den Tierversuchen?

2008 wurden erneut mehr Tiere bei Versuchen «verbraucht» als 2007, wie das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) mitteilt. Die Zahl stieg von 726 392 auf 731 883 oder um 0,8 Prozent an. Schon im Vorjahr erfolgte eine Zunahme von sogar 1,5 Prozent. Damit zeichnet sich, seit es strengere Vorschriften gibt, eine Trendwende zum Unguten ab. Die niedrigste Zahl von Versuchen erfolgte 2000 mit 566 398 «verbrauchten» Tieren. Stehen wir vor einer erneuten Trendwende?

Wenigstens haben die Versuche, welche die Tiere am Stärksten belasten, nämlich ihnen Schmerzen zufügen, meistens bei operativen Eingriffen, 2008 um 15 Prozent abgenommen. Bei den meisten eingesetzten Tieren, nämlich bei 75 Prozent, handelt es sich um Nagetiere, Mäuse, Ratten, Hamster Meerschweinchen oder Kaninchen. Auch Vögel, vor allem Geflügel, wurden benutzt, nämlich in 11 Prozent der Fälle. Ebenfalls Fische, verschiedene Haustiere wie Hunde und Katzen sowie Amphibien, Affen und andere Säugetiere wurden verwendet. Zwei Drittel der Versuche wurde nur mit Auflagen bewilligt, wie der Pressesprecher des BVET Marcel Falk berichtete. Tier-



Aus: Pro Tier

schützer und Tierversuchsgegner beanstanden seit Jahren eine zu lasche Bewilligungspraxis. 882 Bewilligungen wurden 2008 neu erteilt, nur 3 Gesuche abgelehnt. Eine besonders starke Zunahme erfolgte im Bereich Grundlagenforschung, nämlich plus 8 Prozent, während in der Industrie eine Abnahme verzeichnet wurde. Dafür nahmen in Hochschulen und Spitälern die Versuche um 7 Prozent zu. Zwar sind Gewalttaten gegen Menschen zugunsten des Tierschutzes abzulehnen. Aber ob in Sachen Tierversuchen alles mit rechten Dingen im Sinne des geltenden Tierschutzgesetzes geschieht, ist fragwürdig.

BVET/sda/Pro Tier/TA



Aus: Pro Tier

## Verwandelte Schweiz

Die Schweiz wird faktisch immer krimineller, auch ihr offizieller oder halboffizieller Teil. Jüngste Beispiele sind bundesrätliche Versprechen bezüglich Einwanderungspolitik ohne ernsthafte Absicht, sie je einzulösen, nur um ein bestimmtes Verhalten der Stimmbürger herbeizumanipulieren, oder versteckte Quersubventionierung geschichtlich gewachsener Krankenkassen, um sogenannte Billigkassen gründen zu können. Andere Beispiele sind Pauschalbesteuerung reicher Ausländer, welche Schweizer diskriminieren; Auslän-

der begünstigende Sonderbauzonen im Kanton Obwalden oder horrend hohe Entlohnung einzelner Personen, die sich selbst bedienen; sich verbreitende, rohe Jugendgewalt; Drogen und Familienzerfall. Statt jene zu bekämpfen, werden ehrliche Bürger, die sich im Rahmen gültiger Gesetze gegen solche Entwicklungen auflehnen, als Populisten, angebliche Rechts-extreme oder mit andern Schlagwörtern beschimpft, um diese zu diskreditieren.

Jean-Jacques Hegg,  
e. Nationalrat

## Tiefe Geburtenziffer belastet Sozialversicherungen

Das Bundesamt für Statistik hat kürzlich die neuesten Zahlen zur Demografie der Schweiz veröffentlicht. Gross hervorgehoben wurde dabei der Tatbestand, dass die Geburtenziffer der Schweizer sich weiter erholt habe. Deren Zahl hat sich von 2007 auf 2008 tatsächlich von 74 494 auf 76 691 erhöht. Wenn wir die Statistik genauer betrachten, hat sich die Aussterberate allerdings nur minimal verringert, denn durch Masseneinbürgerungen hat sich im betrachteten Zeitraum auch die Zahl der Schweizerinnen erhöht. Die Kinderzahl pro Schweizerin, der so genannte Nettoreproduktionsindex, hat sich bloss von 1,46 auf 1,48 erhöht. Da zur Erhaltung einer Bevölkerung ein solcher von 2,1 nötig wäre, stirbt die Bevölkerung mit Schweizer Bürgerrecht weiterhin um etwa ein Drittel pro Generation aus.

Die Zahl wird allerdings weit überkompensiert durch Einwanderung und Einbürgerungen, so dass die Gesamtbevölkerung der Schweiz dennoch stark ansteigt. Laut Statistischem Jahrbuch der Schweiz 2009 betrug die Migrationsbilanz 2007, die zuletzt veröffentlichte amtliche Zahl, **9,9 Promille**.

### Einwanderungsüberschuss

Zum Vergleich: 2000 betrug die gleiche Zahl 2,8. Offiziell hat die

Bevölkerung der Schweiz von 2007 auf 2008 um 106 700 Personen oder 1,7 Prozent zugenommen. Die neueste Zahl der Gesamtbevölkerung beträgt 7 700 200. Sie ist ohnehin schönfärbisch, weil verschiedene Kategorien nicht mitgezählt werden und es eine illegale Einwanderung gibt. Das Bundesamt für Statistik hat die Kontrolle über die Zahl der in der Schweiz lebenden Menschen längst verloren!

Übrigens haben Ausländerinnen in der Schweiz offiziell einen Reproduktionsindex von 1,85. Sie haben demnach zwar mehr Kinder als Schweizerinnen, erreichen das Erhaltungsniveau von 2,1 aber ebenfalls nicht. Durch die andauernde Einwanderungsbewegung ist der Altersaufbau stark verzerrt: eine verhältnismässig hohe Zahl von Senioren im Vergleich zu der jungen Generation. Dies hat Auswirkungen namentlich auf die Krankenversicherung, denn alte Leute sind diesbezüglich teurer. Die Behauptung, eine tiefe Geburtenziffer habe keine Auswirkungen auf die Sozialversicherungen, auch nicht auf die AHV, weil unter den Nichterwerbstätigen die hohe Zahl alter Leute durch eine kleinere von Jungen ausgeglichen werde, ist also falsch.

Jean-Jacques Hegg,  
e. Nationalrat

## Bedrohte Bienen

In der Schweiz wurde ein angeblich rätselhaftes Bienensterben beobachtet. Im letzten Jahr verschwanden etliche Völker. Zwar setzte seither eine gewisse Erholung ein, doch sind die Bienen immer noch bedroht, und zwar nicht etwa in «rätselhafter» Weise. Hohe Düngereinsätze, Herbizide, Pestizide und Beizmittel von Saatkörnern setzen den Bienen stark zu. Geschwächt leiden sie auch vermehrt unter Milben und der bakteriellen Erkrankung Sauerbrut. Die Beizmittel der Wirkstoffgruppe der



Aus: Pro Tier

Neonicotinoide, welche die Firmen Bayer und Syngenta herstellen, wirken als starke Nervengifte.

Pro Natura

## Folgen von Tschernobyl

Dr. Rose Goncharova vom Institut für Genetik und Zytologie der weissrussischen Akademie der Wissenschaften in Minsk weist darauf hin, dass als Folge der Radioaktivitätskatastrophe von Tschernobyl 1987 nicht nur der Schilddrüsenkrebs bei Kindern und Erwachse-

nen in den verstrahlten Gebieten zugenommen habe, sondern auch andere Krebsarten. Besonders alarmierend seien Chromosomenanomalien bei gezüchteten Waldmäusen, Nachkommen verstrahlter Wildtiere.

Schweiz. Ärztezeitung



# Europa auf der Verliererstrasse?!

Es war in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts als der damalige Vorsteher des EJPD, der verstorbene Bundesrat Kurt Furgler (Gott habe ihn selig!) im Nationalrat kühn behauptete, die Integration (Assimilation) von Ausländern habe nichts mit deren Anzahl in unserem Lande zu tun. **Heute wissen wir es auf Grund von Erfahrungen besser!**

Je weniger assimilationsbereit eine Einwanderer-Gruppe (aus einem fernen Kultur-Raum) ist, umso rascher wird die Grenze erreicht, ab welcher diese Gruppe Parallelgesellschaften zu bilden beginnt und dann auch ihren kulturellen Vorstellungen entsprechende Forderungen an die «gastgebende» Gesellschaft stellt.

Das ist nichts Neues und auch nichts Absonderliches. Absonderlich ist hingegen, wenn eine wenig selbstbewusste Gesellschaft zu klagen beginnt über die fremden Bräuche und Verhaltensweisen, gleichzeitig jedoch die weitere Zuwanderung – aus welchen Gründen auch immer – widerstandslos hinnimmt.

Wem das Portemonnaie – lies Wirtschaftswachstum – näher liegt als die Kultur und Rechtsordnung der eigenen Gesellschaft, der darf sich nicht empören über Dinge wie

- die Errichtung von Gebetshäusern mit Minaretten;
- die schleiertragenden Mädchen und Frauen;
- die Zwangsverheiratung minderjähriger Mädchen;
- die Verweigerung Jugendlicher am Schwimmunterricht, am Skilager, an der Landschulwoche, an Weihnachtsfeiern und Schulgäbet teilzunehmen;
- die Forderung der Entfernung des Zeichens des Christentums – des Kreuzes – aus den Schulstuben;
- der Forderung der Anerkennung von Rechtsvorschriften, die auf der Scharia basieren;
- die Bildung jugendlicher Schlägerbanden zur Durchsetzung ihrer eigenen zivilisatorischen und kulturellen Vorstellungen.

**Es heisst das Pferd am Schwanz aufzäumen, wenn gegen diese Dinge Sturm gelaufen wird, und die Annahme der hier geltenden sozialen und rechtlichen Vorstellungen verlangt wird, gleichzeitig aber ungerührt zugeschaut wird, wie die fragile Bevölkerungsgruppe rasant weiterwächst.** Nicht das einzelne Individuum, die

einzelne muslimische Familie bildet ein Problem, es ist die wachsende Gruppe mit ihren legitimen Forderungen, die im Widerspruch zum hergebrachten, traditionellen Selbstverständnis unserer Gesellschaft stehen.

## Die Rufer in der Wüste!

Wir – das heisst die Vertreter der NA und heute der SD haben seit Jahrzehnten gewarnt und wurden deshalb als Xenophobe, Ausländerhasser und verkappte Nazis verschrien und viele von uns auch diskriminiert.

Nun erreicht uns der Aufsatz einer Kanadierin in englischer Sprache – Susan MacAllen, die eine ernste Warnung an ihre Landsleute, die Kanadier richtet. Die Warnung gilt aber auch für die Australier, die Engländer, die Franzosen, die Deutschen und eben die Schweizer. Wegen der Anschaulichkeit der Warnung geben wir diese hier in gekürzter Form als Übersetzung wieder. Susan MacAllen schreibt: *Ich studierte 1978/79 in Dänemark. Damals sah man nicht einmal in Kopenhagen mohamedanische Einwanderer. Das dänische Volk hiess alle Einwanderer willkommen, ja feierte den exotischen «touch». Es war stolz auf seinen sozialen Wohlfahrtsstaat.*

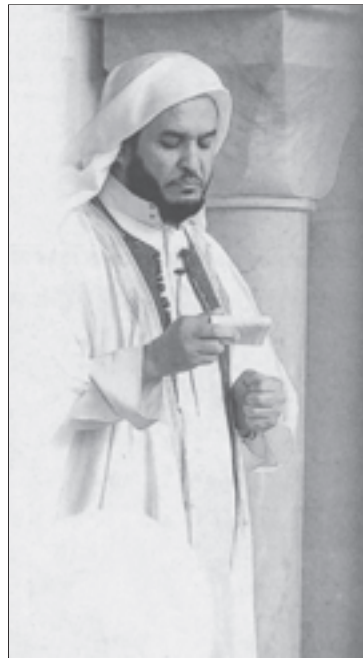
*Das übrige Europa bewunderte das skandinavische Wohlfahrtsystem mit seiner tiefen Kriminalitätsrate, dem fortgeschrittenen Umweltbewusstsein und seine humanitären Traditionen.*

*Neu-Ankömmlingen wurde grosszügig geholfen. Dänemark war beispielhaft für seinen Multikulturalismus.*

*Wie konnte es geschehen, dass ab 2005 die Zeitungen voll waren über kriminelle Taten – meist mit und unter den Fremden – mit Dutzenden von Toten?*

*Ab 1990 wuchs der muslimische Bevölkerungsteil unübersehbar und dessen mangelnde Bereitschaft zur Integration war offensichtlich. Es entstanden muslimische Enklaven und deren Führungspersonlichkeiten fingen an, den dänischen Lebensstil als dekadent zu diskriminieren. Die Stimmung im Volke gegenüber den Einwanderern kippte. Viele Dänen beurteilen heute den Islam als unvereinbar mit ihren Wertvorstellungen. Zu denken ist*

*– an die individuelle Freiheit und die Redefreiheit;*  
*– an die Gleichstellung von Mann und Frau;*



*Auch in Europa aktiv: Islamistische «Prediger».*

*– an die Toleranz gegenüber andern ethnischen Gruppen;*  
*– an die Missachtung der dänischen Geschichte und des kulturellen Erbes.*

*Es wurde öffentlich gemacht, dass diese muslimischen Einwanderer 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber 40 Prozent der staatlichen Ausgaben für die Wohlfahrt beanspruchen.*

*Bei einem Bevölkerungsanteil von 270 000 Menschen auf 5 400 000 haben die Muslime mehr als 50 Prozent der Verbrechen zu verantworten, wobei die weiblichen Opfer allesamt Nicht-Muslime (also Christen, Juden und Angehörige anderer Bekenntnisse) sind.*

*Inzwischen steigt die muslimische Einwanderung weiter an, die Integrationswilligkeit aber sinkt weiter ab. Die muslimischen Führungspersonlichkeiten rechnen damit, dass in 40 Jahren jeder dritte Einwohner Dänemarks ein Muslim sein werde.*

*So beobachten die Dänen die Entwicklung mit Unmut und die politische Einstellung hat sich gründlich geändert.*

*Wer heute dänischer Bürger werden will, muss*

*– während dreier Jahre einen Sprachkurs absolviert haben,*  
*– einen Test bestehen über seine Sprachkenntnisse, Geschichte und Kultur Dänemarks,*  
*– mindestens 7 Jahre in Dänemark gelebt haben;*  
*– einen Arbeitsplatz nachweisen können.*

*Eine Frau aus dem Herkunftsland heiraten und ins Land bringen darf man nur, wenn beide Heiratswillige mindestens 24 Jahre alt sind.*

*In Kopenhagen dürfen keine Moscheen gebaut werden und die Kinder werden angehalten, sich in die dänische Gesellschaft zu integrieren.*

*Über die Soziallasten durch die Immigranten wird heute überall öffentlich gesprochen. Ebenso über die unvereinbaren Positionen der Imame und der einheimischen Führungspersonlichkeiten.*

*Und bereits kommt es zu schwerst kriminellen Taten gegen Personen im öffentlichen Dienst (Politiker), die sich weigern den Forderungen der Muslime nachzugeben.*

Susan MacAllan ruft alle die oben angegebenen Nationen auf, die Fakten wahrzunehmen und die Konsequenzen zu ziehen.

## Was steht vernünftigen Massnahmen entgegen?

Vor allem der Aberglaube, Wachstum sei stets erwünscht, ja notwendig für die Wohlfahrt eines Volkes. Wer noch immer nicht einzusehen vermag, dass Dauerwachstum der Bevölkerung, der wirtschaftlichen Tätigkeiten mit ihren Umweltbelastungen schliesslich zu katastrophalen Zuständen führt, dem ist nicht zu helfen.

Die meisten politischen und wirtschaftlichen Kader in der Schweiz gehören zu diesen Verblendeten! Die Behauptung, wir benötigten eine starke Einwanderung, da sonst unsere Bevölkerung schrumpfen würde ist völlig unreal, ja lächerlich. Mit einer definierten Bevölkerungspolitik und angepasster Familienpolitik liessen sich die Geburtenzahlen der Einheimischen mit Leichtigkeit auf eine gewünschte Höhe bringen.

*(Vielleicht könnte man ja auch aufhören mit den kriminellen Taten von jährlich zirka 14 000 Tötungen werdenden Lebens!)*

Eine langsame Abnahme der Wohnbevölkerung wäre übrigens aus ökologischen Gründen höchst erwünscht; das Dauerwachstum macht ohnehin viele Anstrengungen zur Umweltentlastung zu einer Sisyphus-Arbeit.

Das aktuelle, explosive Wachstum dank der Einwanderung ist schlicht selbstzerstörerisch und wird uns als Gesellschaft sehr teuer zu stehen kommen.

## Europa auf der Verliererstrasse

Fortsetzung von Seite 5

Die oben – im Brief von Susan MacAllen – angedeuteten Probleme werden sich weiter akzentuieren und den inneren Frieden schwerstens belasten.

**Die im EU-Raum erzwungene, freie Wanderung der Arbeitskräfte ist übrigens dem Willen entsprungen, die natürlich gewachsenen Nationen zu zerstören; im Interesse der Globalisierer, der Konzerne und des US-Hegemonial.**

**Die Aufnahme muslimischer Völker in die EU entspricht der US-Politik der Schwächung Europas,**

**um dieses Einfluss-Gebiet leichter manipulieren zu können.**

**Salvador de Madariaga** warnte schon vor 50 Jahren, dass Europa nur existieren könne, wenn seine verschiedenen Kulturen und Nationen erhalten blieben. Bildhaft forderte er eine politische Organisation unseres Kontinents nach dem Vorbild einer Traube und lehnte das zentralistische Modell des Apfels klar ab.

### Wo steuern wir hin?

Der ehemalige US-Präsidentenskandidat Patrick J. Buchanan hat in seinem Buch «Irrweg der Einwanderung» drastische War-

nungen ausgesprochen. Basierend auf dem Vergleich mit geschichtlichen verbürgten Beispielen sagt er z.B.: **«Europa erlebt eine demographische Katastrophe, zu der es seit dem Schwarzen Tod des vierzehnten Jahrhunderts keine Parallele gibt.»**

Er zieht die Situation der USA als Paradebeispiel heran und führt u.a. aus (Zitat): *«In den USA hat die nach 1965 entstandene Einwandererlobby dank ihrer hohen Zahl (eine zweistellige Millionenanzahl in nert weniger Jahre) grosse politische Macht erlangt. Einwanderer sind bei den Wahlen zum Zünglein an der Waage geworden. Sie werden durch Grosskonzerne umworben, da diese billige Arbeitskräfte suchen.»*

*Der Druck der Einwandererlobby ist in Verbindung mit der Wirtschaft so gross, dass es in der Poli-*

*tik keine ernsthafte Gegenwehr mehr gibt. In machen Städten ist es der Polizei sogar verboten, illegale zu melden (Es grüssen die Sans-papier in der Schweiz!). Die legalen und die illegalen Einwanderer ziehen immer neue Einwanderer nach sich. Dabei verstecken sich die Illegalen im Strom der legalen Einwanderer.*

*Die einfachen Amerikaner haben diese Masseneinwanderung nie gewollt. Diese ist immer nur von den sogenannten Eliten aus Wirtschaft und Politik ermöglicht worden. Ermöglicht durch eine liberale Politik und wirtschaftliche Profitgier.»*

Wo die letztere hinführt, erleben wir zur Zeit hautnah dank der Wirtschaftskrise.

Darum mein Appell: «Hütet Euch am Morgarten!»

Hans Spitz, Köniz

## «Recht und Freiheit» irrt!

In der Ausgabe 5-6/2009 strengt sich Ernst Indlekofer, Herausgeber von «Recht + Freiheit», an, eine Breitseite gegen die Schweizer Demokraten zu schiessen! Warum so etwas? (offener Brief)

Sehr geehrter Herr Indlekofer

Im Artikel **«Wie bekommen wir kompetente Minister?»** loben Sie den deutschen Prof. Wilhelm Hankel über alles. Ob richtig oder falsch, entzieht sich unserer Kenntnis, denn Prof. Hankel und sein Wirken sind uns unbekannt. Sie schreiben weiter... und dieser Gedankengang weist schon auf eine gravierende Verkennung der politischen Realitäten hin: *«Auch in unserem Land hat die Negativauslese seit 1968 alle Parteien durchdrungen. Nicht einmal die SD ist (richtig heisst es «sind») davon ausgenommen. Deren oberste Parteileitung geht soweit, den Ersatz ihrer eigenen Negativbesetzung durch fähige Leute zu verhindern, sofern diese nicht mit der vorgegebenen politischen Hauptrichtung marschieren...»*

Unsere Meinung hierzu: Funktioniert Politik wirklich so einfach, Herr Indlekofer? Versuchen Sie etwa auf diesem Wege Ihren Frust gegenüber den SD zu verarbeiten? Dass wir vor Kurzem Ihnen uns zugestellten Artikel – **«Evangelikale Parlamentarier haben den Kopf verloren»**, nicht abgedruckt haben, ist doch verständlich, da wir nur **wenige Wochen zuvor** von unserem Redaktionsmitarbeiter Valentin Oehen in der Juni-Ausgabe des «Schweizer Demokrat» einen fundierten Artikel zum gleichen Thema pu-

bliziert hatten. Herr Indlekofer, haben Sie sich etwa vom Inhalt des Artikels im «Schweizer Demokrat» inspirieren lassen?

Sie gehen gar so weit, den heutigen Namen der SD-Parteizeitung **«Schweizer Demokrat»** in Frage zu stellen und nennen diesen einen **«globalisierten Namen»**. Herr Indlekofer, Sie dürfen sicher sein, dass die Parteileitung der SD auch weiterhin konsequent den **politischen Kurs für «Volk und Heimat» fortführen wird**. Ihre Meinung ist hier für uns nicht von Bedeutung!

Und nehmen Sie bitte nicht die **«Mehrheit» bei den Schweizer Demokraten** für sich in Anspruch. Sie kennen die Gegebenheiten bei den SD gar nicht und aufs «Hörensagen» oder «Infos» aus linksextremen Publikationen sollte man sich nicht verlassen! Gleiches gilt für Ihren Hinweis in «Recht + Freiheit», dass die SD vor einigen Jahren mit einer Initiative den 1. August zum **«arbeitslosen»** Feiertag gemacht haben – richtig müsste es heissen... zum **«arbeitsfreien»** Bundesfeiertag!

Wir hoffen in Zukunft auf eine etwas seriösere Berichterstattung in «Recht und Freiheit»!

Mit patriotischen Grüßen  
SCHWEIZER DEMOKRATEN (SD)  
Ueli Brasser, Zentralpräsident

PS: *Offenkundige Unwahrheiten, woher diese auch kommen mögen, drucken wir im «Schweizer Demokrat» grundsätzlich nicht ab!*

## Als Schweizer diskriminiert; wir reden aus Erfahrung!

(Ergänzung zum Leitartikel in Nr. 7/8 von Dr. Dragan Najman)

Durch plötzliche Arbeitslosigkeit, danach ausgesteuert, kommen wir uns vor wie Schwerverbrecher. Meine Frau hat 32 Jahre gearbeitet; ich 36 Jahre! Wir waren beide im Dienstleistungsbereich einer mittelgrossen Unternehmung tätig: Meine Frau als Sachbearbeiterin in der Buchhaltung und Archiv. Ich war Sachbearbeiter in der Inkassoabteilung. Meine Frau wurde im Juli 2006 ausgesteuert; ich im Oktober 2008. Zusammen schreiben wir bis heute mindestens 200 Stellenbewerbungen!

Der Weg aufs Sozialamt ist ein schwerer Schritt. In früheren Jahren bezahlten wir wie alle Normalbürger alle unsere Rechnungen regelmässig. Wir konnten uns früher etwas ansparen und vor zehn Jahren ein Reiheneinfamilienhaus erwerben. Das Schlimmste an der heutigen Situation ist, dass wir gezwungen werden, beinahe alles aufzugeben und eine 3-Zimmer-Mietwohnung für max. Fr. 1300.– zu beziehen. Einen grossen Teil unseres Mobiliars (Andenken an unsere Grosseltern, auch antike Möbel usw.) müssten wir aus Platzgründen entsorgen. Zurzeit bezahlen wir für unser Heim weniger als für eine 4-Zimmer-Wohnung.

Wir bemühen uns (53 und 57 Jahre) z.Z. eine selbstständige Tätigkeit aufzubauen (wir sind zeitweise als Marktfahrer aktiv) und daran,

ein eigenes Geschäft zu gründen. Leider geht dies nun nicht (mehr), da wir gemäss dem Sozialamt die Autoschilder hinterlegen müssen. Wie sollen wir da noch auf Märkten arbeiten ohne Transport-Fahrzeug?

Solche amtlichen Richtlinien sind doch daneben, wenn nicht gar schädigend! So werden rechtschaffenen Bürgern Steine in den Weg gelegt, die sich um Arbeit bemühen!

Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, UBS u.a.m. sind zurzeit in aller Munde. Die Arbeitslosenquote wird hierbei regelmässig bekanntgegeben, aber wo sind die Angaben zu den Ausgesteuerten?

Dies würde ein ganz anderes Bild ergeben. Offensichtlich ist es für die Classe politique peinlich, auch diese Zahlen zu veröffentlichen, denn dies könnte ja dem «Ansehen» der Schweiz schaden.

Ja, was bleibt uns Schweizern? In welche Richtung müssen wir uns integrieren, damit wir mit den zuziehenden Ausländern mithalten können? Unser Alter können wir nicht zurückschrauben! Zudem sei noch angefügt, dass gerade in Grenzkantonen aufgrund der «Grenzgänger» die Situation für Einheimische besonders schwierig ist. Die Realität: Offene Arbeitsstellen für Ausländer – den vielen arbeitslosen Schweizern bleibt das Sozialamt! Wo führt dies noch hin?

O. + B. Heule, Therwil/BL



## Dienstbüchlein als Zeit- und Familiengeschichte



Robert Berner,  
e. Verfassungs-  
rat,  
Rheinfelden

Das eidgenössische Dienstbüchlein ist ein Sonderfall: Mehr als nur «Soldbuch». Das meines Grossvaters (geboren 1862) sieht schon gleich aus, wie das meines Vaters (1889) und meines (1918). Es gilt als «Beweismittel für geleisteten Militärdienst und bezahlte Pflichtersatzsteuer» (ähnlicher Text über Jahrzehnte). «Wer sein Dienstbüchlein verliert, wird unnach-sichtlich bestraft», und dennoch heisst es im «Amerika-Lied» (Soldatenliederbuch 1938 oder früher; Preis 30 Cts.): «Willst du dein Dienstbüchlein zerreißen, willst nicht mehr Schweizerbürger heissen, so reis' ins Land Amerika.» Hierzulande haben linke Atomkraftgegner viel später ihre Dienstbüchlein tatsächlich zerrissen. Sicher straflos! Das übermütige Lied endet: «Schon schwebt das Schiff auf salz'gen Wogen, das zieht ihn fort nach fernem Strand.» Tatsache und beeindruckend war dann, dass sowohl 1914, als auch 1939 viele Auslandschweizer sogar aus Übersee zurückkamen, Waffen fassten und Dienst taten. So werden allmählich Dienstbüchlein zu einem Stück Zeit- und Familiengeschichte. Sie widerspiegeln Statur von Grossvater, Vater, deren Brustumfang, Dauer der Rekrutenschule (1882 = 45 Tage, 1909 = 67, 1938 = 90 Tage). Ab 1940 sind in meinem eigenen und in aberhunderten von Dienstbüchlein die Eintragungen von meiner Hand, zuerst als Fourier, dann als Quartiermeister. Eintragungen «Aktiver Dienst» oder «Service actif», später bis zu meinem 55. Altersjahr Wiederholungskurse noch und noch. Einmal, 1957, «Aufgebot widerrufen, Grippe». Den damals versäumten Dienst musste ich als «Gast» anderswo nachholen. Der letzte Eintrag (1989) lautet: «Erinnerungstag KMob», 1 Tag, statt handschriftlich der Stempel «Villiger». Heute unterschreibt er folgenswerer für die UBS.

In den sorgsam aufbewahrten Dienstbüchlein kann ich und können meine Nachkommen ersehen, wann und wo Grossvater, Vater und ich gewohnt haben. Ich staune über die zügige Unterschrift meines damals 19-jährigen Vaters und darüber, dass Grossvater seiner



Der Rütli-Rapport am 25. Juli 1940.

Unterschrift den Beruf «Beck» beifügt, den er dann gar nicht ausübte. Wegwerfen ist nicht nur strafbar, sondern dumm. **Vor 70 Jahren wurde unsere damalige «Grande Armée» aufgeboten. Die**

**gewaltige – kaum mehr vorstellbare – Anstrengung hat sich gelohnt. Sie ist in abertausenden Dienstbüchlein festgeschrieben. Jedes ist ein persönliches Dokument und Zeitgeschichte!**

Abstimmung vom 27. September 2009

## Nein zur Mehrwertsteuer-Erhöhung

Eine MwSt.-Erhöhung von 0,4 % auf den Normalsatz, wie sie eine Mitte-Links-Koalition des Parlamentes zusammen mit dem Bundesrat und grossen Wirtschaftsverbänden vorschlägt, schadet der Konsumfreudigkeit von uns allen. Bei genauerer Betrachtung entpuppt sich dies als allgemeine Preissteigerung und fällt enorm ins Gewicht: Wir müssten zum Beispiel im Restaurant, beim Einkaufen, für Bahnбилlette, Werbeinserate, Dienstleistungen, Medikamente tiefer in die Tasche greifen.

Auf einen Betrag von 10000 Franken würde der erhöhte MwSt.-Satz mit 8 % also satte 40 Franken mehr bedeuten. Das ist nicht einfach nichts!

Der Sondersatz steigt ebenfalls um 0,2 % sowie der reduzierte MwSt.-Satz um 0,1 %.

Das extrem störende an dieser Vorlage ist die irreführende Propaganda im Vorfeld der Abstimmung: Der Bundesrat spielt auf Zeit und auf die Gutgläubigkeit der Leute und behauptet, diese MwSt.-Erhöhung sei auf sieben Jahre befristet, ganz einfach, weil er sich dadurch eine bessere Akzeptanz verspricht. Mit dieser fahrlässigen Be-teuerung will der Bundesrat nur eines: Die Abstimmung in seinem Sinne gewinnen!

Auf das allmähliche Vergessen dieses Versprechens wird ebenfalls gesetzt!

Schaut man voraus, wie es eigentlich der Bundesrat tun sollte, dann muss man ehrlicherweise konstatieren, dass es rein rechnerisch völlig unrealistisch ist, zuerst die

MwSt. zu erhöhen, um sie im Nachhinein wieder zu senken. Wer glaubt, nach Ablauf der Befristung 2017 würde die MwSt. wieder billiger, ist reichlich naiv.

### Senkung der MwSt. in sieben Jahren? Reine Propaganda!

Es würde dannzumal heissen: Eine Senkung wäre finanzpolitisch absolut unverantwortlich...

Die Bevölkerung in der Schweiz wird in den nächsten sieben Jahren, – nach realistischer Schätzung – um weitere 2,5 Prozent wachsen. Wenn dann rund 200000 Menschen mehr hier leben, so bedeutet das auch für die Invalidenversicherung eine Mehrbelastung. Ungefähr ein Fünftel – oder mehr –

wird später zusätzlich die IV beanspruchen; zirka 40000 Menschen.

Die stetig höheren Ausgaben sowie die sich laufend weiter auftürmenden Schuldzinsen der IV (heute über 15 Mia. Franken) laufen ins Uferlose, weil dieses riesengrosse Loch, nie und nimmer durch offene Grenzen und Migrationsschübe verkleinert werden kann – im Gegenteil! Missbräuche müssen klarer und offensichtlicher bekämpft werden!

**Deshalb ein wuchtiges NEIN am 27. September 2009 zur konsumentenfeindlichen MwSt.-Erhöhung!**

Marcus Stoercklé jun., Basel

## Widerstand leisten!

mb. Zuerst glaubte man an einen 1.-April-Scherz. Es ist aber keiner! Das Bundesamt für Statistik beabsichtigt telefonische Umfragen bei den Bürgern durchzuführen. Das «Mitmachen sei Pflicht»; sonst gibt's eine Busse! Haben die Damen und Herren in Bern auch schon mal etwas vom «Enkel-Trick» gehört und von anderen Missbräuchen und Blödsinn mittels Telefonanrufen? Hier gibt es nur eine Antwort: «Senden Sie mir Ihre Fragen schriftlich zu; meine Adresse kennen Sie ja. Ich gebe keine Auskünfte am Telefon! Adieu...»

## Was nützt uns die UNO?

Die UNO-Mitgliedschaft kostet uns jährlich -zig Millionen von Franken. Zu sagen haben wir in der UNO aber nichts und ein Nutzen unserer Mitgliedschaft ist nicht zu sehen, im Gegenteil: UNO-Sonderberichterstatte Miloon Kothari protestierte, als die Genfer Polizei ein seit 20 Jahren besetztes Haus räumte. Wie hätte Kothari reagiert, wenn diese Leute seine Wohnung besetzt hätten? Sein senegalesischer Kollege Doudou Diène kritisierte den schweizerischen Rassismus. Den Rassismus beispielsweise in Darfour fand er hingegen nicht erwähnenswert. Libyen warf fünf bulgarische Krankenschwestern und einem palästinensischen Arzt für Jahre ins Gefängnis. Sie hätten libysche Kinder vorsätzlich mit

Aids infiziert. Selbst Gaddafi räumte ein, dass diese Anklage erfunden war. Gegen Zahlung eines horrenden Lösegeldes wurden die sechs begnadigt. Obwohl Libyen vor der Weltöffentlichkeit Geiselnahme und Erpressung beging, schritt die UNO nicht ein. Auch im Fall der Schweizer Geiseln blieben die sonst so rührigen UNO-Sonderberichterstatte inkl. Generalsekretär Ban-Ki Moon stumm. Das Thema Geiselnahme und Erpressung durch UNO-Mitgliedstaaten wird trotzdem mit Sicherheit bei der UNO-Vollversammlung im November nicht zur Sprache kommen. Grund: Den Vorsitz dieser Vollversammlung hat nämlich – welch ein Hohn – ausgerechnet Libyen!

Otto Weiersmüller, Uetikon

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handöge-  
li oder eine/n Freund/in). **Möchten  
Sie etwas verkaufen, vermieten,  
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie  
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-  
ben Sie uns per Briefpost/Post-  
karte; noch besser per E-Mail. Der  
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

**und aussagekräftig** sein! Diese  
**Kleininserate** erscheinen max. 2-  
mal im «Schweizer Demokrat»  
und sind für die SD-Familie **gratis**.  
Normalerweise wird im Kleininserat  
für die Kontaktaufnahme die  
**Telefonnummer** des/der Auftrag-  
gebers/in abgedruckt. Aber andere  
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).  
Bei ganz persönlichen Dingen ist  
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In  
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-  
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-  
gen. Wir leiten dann die eingegan-  
genen Briefe an Sie weiter. Bitte  
Ihre Postanschrift nicht vergessen.  
Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz,  
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-  
lich auf  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERKAUFEN:

**Militärvelo 1945, mit Sacoche.**  
Mostpresse 50 kg, elektrisch, 8 Jah-  
re alt; Neupreis Fr. 2600.–. Preise  
auf Anfrage. Kanton Thurgau.  
**Telefon 079 419 43 24**

**Vielteiliges Dinner-Service** aus den  
20er-Jahren. Feines hellgraues  
Blättchen-Decor, leicht geschwun-  
gene Ränder. Fr. 300.–. Stadt St.  
Gallen.  
**Telefon 071 222 63 59**

**Spiegelreflexkamera Minolta**  
Dynax 300si mit Tragtasche.  
Neuwert Fr. 850.–. Preis nach Ab-  
sprache. Kanton Glarus.  
**Telefon 055 640 63 94**

**Bio-Knospen Olivenöl und  
Schweizer Essig** von Waldkirch  
SG, Region Ostschweiz,  
**Telefon 071 244 72 76** oder  
thomas-fischer@bluewin.ch

#### GESUCHT:

Gesucht – günstig oder gratis:  
**Fotos, Ansichtskarten, Prospekte,**  
mit Abbildungen von Menschen,  
Objekten, Gebäuden, Landschaften  
usw. für den Abdruck im «Schwei-  
zer Demokrat» (Bebildung von  
Artikeln). Kontaktadresse:  
SD-Sekretariat in Bern.  
**Telefon 031 974 20 10,**  
**Fax 031 974 20 11**  
[schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch)

#### ZU VERSCHENKEN:

«Brother»-Schreibmaschine, Mod.  
AX-210. Einige Jahre alt, aber wie  
neuwertig. Abzuholen in St. Gal-  
len.  
**Telefon 071 222 63 59**

#### STELLENSUCHE:

**Schweizerin, 45, suche Teilzeit-  
stelle** tagsüber; prüfe alle Angebo-  
te. Erfahrungen vorhanden aus  
Haushalt, Reinigung und Wäsche-  
Besorgung. Service-Tätigkeit in  
Restaurant oder Café auch ange-  
nehm. Basel und Umgebung.  
**Telefon 078 788 93 74**

Hausmann (46) und Papi, mit  
Handelsdiplom und mehreren  
Jahren Erfahrung in der Pflege in  
APH, sucht in **Basel oder Um-  
gebung** eine **Teilzeitstelle** (max.  
40%, vorzugsweise morgens).  
Dies kann auch eine Tätigkeit aus-  
serhalb der Pflege sein. Ab sofort  
disponibel. Ich bin vielseitig,  
zuverlässig und gewissenhaft.  
**Telefon 061 601 75 12**  
helfer.pfirter@hispeed.ch

**CH/ZH, 52, suche Arbeit** als  
Lagerist, Magaziner, Druckerei-  
arbeiter, Hilfsschreiner, Maschinist,  
Wächter, Zeitungsverträger.  
Vollzeit oder Teilzeit möglich;  
Fr. 3000.– monatlich oder Fr. 20.–  
pro Stunde. In der Probezeit nach  
Absprache.  
**Telefon 076 436 95 09**

Gelernter, berufserfahrener  
**Schlosser**, 51, sucht neues Wir-  
kungsfeld in Basel oder Umgebung.  
Auch als Monteur angenehm.  
**Telefon 079 446 83 45**

#### DIENTSTLEISTUNGEN:

**Schuhmacher Meister** Roger  
Weber – Ihr Fachmann für Ein-  
lagen und alle Arbeiten am Schuh.  
Wetzikon und Zürich-Milchbuck.  
20% Rabatt für SD-Leser.  
Für Termine und Fragen:  
**Telefon 076 450 15 34**  
E-Mail: rw.osm@bluewin.ch

**Buchhaltungen, Steuererklärun-  
gen, Lohnabrechnungen:**  
Beratung und Soforthilfe in der  
ganzen Schweiz. Friedrich  
Auf der Maur, Volketswil/ZH  
**Telefon 044 946 00 51,**  
**Fax 044 946 00 52**

#### REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

**Reise- und wanderlustige Frau**  
sucht Person/en um die Schweiz  
mit OeV oder/und zu Fuss besser  
kennenzulernen.  
Ich bin im Besitze eines GA, Du/Ihr  
auch? Meldet Euch bitte für eine  
Reisebesprechung. Start in Basel.  
**Telefon 061 421 74 30**

**Ich spiele Saxofon und suche  
Akkordeonistin** zum gemein-  
samen Üben und für kleine  
Auftritte. Bin Glarnerin.  
Es würde mich freuen, wenn sich  
jemand meldet.  
**Natel 077 401 26 36**

Lebe seit 1 Jahr im Tessin und  
**suche Gleichgesinnte zwecks  
Freizeitgestaltung.** Ich, 44, m,  
mobil mit Auto und Töff.  
Hobbies: Frische Luft, Velo/  
Spazieren, Tauchen, Billard, Dart,  
Motorrad-Touren, Wassersport.  
Ich freue mich auf Euch, bis bald.  
**E-Mail: mac1claud@yaho.de**

**SD-Pensionierte, die gerne  
wandern (ganze Schweiz).**  
Später eventuell Gründung einer  
Wandergruppe. Wer macht mit?  
Aus der Region Berner-Oberland  
**Telefon 033 951 36 74**

#### ALLERLEI – NUOVO, NUOVO:

**I Democratici Svizzeri sbarcano in  
Ticino.** Riccardo Valsangiacomo,  
cp 292, 6834 Morbio Inferiore,  
ric.valsa@sunrise.ch,  
**Telefono 076 595 21 53**

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

**Kunst der Kelten  
700 vor bis 700 nach Chr.**  
Die keltische Kunst ist der erste  
bedeutende Beitrag des Nordens an  
die europäische Kunst. Zum ersten  
Mal wird das einzigartige Kunst-  
schaffen der antiken Kelten in  
einer unmfassenden Ausstellung  
gewürdigt. Ausgesuchte Spitzen-  
stücke stammen aus ganz Europa  
von Schottland bis Ungarn.  
**18. Juni bis 18. Oktober 2009**  
**Im Historischen Museum Bern**  
Helvetiaplatz 5, 3005 Bern  
Tel. 031 350 77 11, [www.bhm.ch](http://www.bhm.ch)  
Di bis Fr 10 – 20 Uhr Mo geschlossen

### Neu: Elektronische JSD-Zeitung

<http://jungeschweizerdemokraten.swissblog.ch>

### SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann  
«Tiere sind keine Ware»

### Neue SD-Heimseite Aargau

[www.schweizer-demokraten-ag.ch](http://www.schweizer-demokraten-ag.ch)

### Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er  
von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert,  
ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen  
noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz.  
Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das  
Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre  
Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, [www.bod.de](http://www.bod.de) – ISBN 9783833436755



### SD Kanton St. Gallen

Alle Anlässe mit \* finden in einem Saal des  
Restaurants Hirschen an der Rorschacherstr. 109  
in St. Gallen (St. Fiden) um 19.30 Uhr statt.

30. September: \*Stamm  
28. Oktober: \*Vortrag: E-Stoffe in unseren  
Lebensmitteln «Gift oder Segen?»  
25. November: \*Stamm  
4. Dezember: Barbaratag (18.30 Uhr beim Waag-  
haus in St. Gallen)

### Wahlen 2010

**Gemeindewahlen  
Stadt und Kanton  
Zürich:**

**7. März**

**Grossratswahlen  
Kanton Bern:**

**28. März**



 **Kanton Aargau** 

## «Aargauer» Straftäter

AZ 7. August 2009: Unter dem grossformatigen Titel (Schriftgröße 13 mm, Länge des Titels vier Fünftel der Seitenbreite) «Aargauer gaben den Mord zu», wurde über die Verhaftung der Täter, pardon, man muss ja sagen «Tatverdächtigen» des Dreifachmordes von Grenchen von Anfang Juni 2009 in der AZ berichtet. Im Lead (Informationsschlagzeile) stand nochmals «Aargauer» und im Text fand man ebenfalls mehrmals «Aargauer» oder «Schweizer». Von drei weiteren Verhafteten stand zuerst nur «drei weitere Verdächtige», und erst im Text fand man irgendwo versteckt, dass davon eine Schweizerin und ein Deutscher waren; diese wurden bereits wieder aus der U-Haft entlassen (von der dritten Person stand überhaupt nichts mehr). Zu hinterfragen bliebe bei den erwähnten «Schweizern», ob sie allenfalls – wie man heute so «schön» sagt – «Migrationshinter-

grund» haben? Selbstverständlich war diese Verhaftung bereits im Hauptbund auf der ersten Seite gross angekündigt. Auch hier fand man im Untertitel und im Lead je einmal «Aargauer» und im Text stand nochmals viermal «Aargauer» oder «Aargauerin», davon einmal in einem Zwischentitel. In der gleichen Ausgabe der AZ stand ein Artikel über einen Simulanten, der den Ärzten jahrelang ein Schleudertrauma vorgetäuscht hatte und von verschiedenen Versicherungen und Ämtern zwischen 1997 und 2005 total über 200 000 Schweizer Franken erschwindelt hatte. Das Strafgericht Basel verurteilte ihn nun wegen mehrfachen gewerbsmässigen Betrugs zu vier Jahren Gefängnis. In diesem Fall stand nichts über die Nationalität! Wollen wir wetten, dass es sich hier um einen Ausländer handelt?

*Dragan Najman, Grossrat, Baden*

 **Kanton Bern** 

## SD aktiv im Berner Stadtrat



Robert Meyer ist für die SD im Berner Stadtrat im Einsatz. Hier zwei brandaktuelle Eingaben:

### Wann endlich wieder Armee-Défilées in Bern?

Bekanntlich hat der Stadtrat vor geraumer Zeit Bern zur «entmilitarisierten Stadt» erklärt und Armee-Défilées in Bern verboten. Dieser damalige Entscheid ist schon von der Kompetenzteilung her fragwürdig, ist es doch nicht an einem städtischen Parlament, einer eidgenössischen Institution wie der Armee Vorschriften zu machen. Zudem ist die Schweizer Armee – man muss kein Militärfanatiker sein, um dies zu erkennen – eine tragende Säule der Eidgenossenschaft. Wie in jedem

Land darf und soll die Armee sich der Bevölkerung präsentieren, und dies insbesondere in der Bundeshauptstadt. Die früheren Armee-Défilées sind manchem Teilnehmer und Zuschauer in guter Erinnerung.

**Der Postulant fordert deshalb: Auf den damaligen Entscheid ist zurückzukommen und Armee-Défilées sind in Bern wieder zuzulassen.**

**Stadt Bern:** Der traditionelle SD-Dienstags-Höck findet weiterhin an jedem letzten Dienstag des Monats um 19.30 Uhr im Rest. Bahnhof-Süd in Bümpliz-Süd statt. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, dort zu erscheinen und in geselligem Rahmen auch Anregungen für die politische Arbeit einzubringen. Sie finden dieses Restaurant wie folgt: Entweder mit der S-Bahn zum Bahnhof Bümpliz-Süd. Oder mit dem Bümplizer Bus Nr. 13 bis Bushaltestelle «Bachmätteli», von dort 10 Gehminuten.



## Petition

### an den Aargauer Regierungsrat

Der Mensch hat die Verantwortung, das Tier als Mitgeschöpf zu schützen. Niemand darf einem Tier unnötig Schmerzen, Leiden oder Schaden zufügen. Jeder Tierhalter ist verpflichtet, in Beachtung des Wohlbefindens der Tiere, die allgemeingültigen Vorschriften einzuhalten und Tiere nicht als Ware zu behandeln. In der heutigen Gesellschaft sind es auch möglicherweise Existenzsorgen vieler Tierhalter, welche Tieren unsägliches Leid antun. Dazu gehört auch das Aussetzen von nicht mehr «gewünschten» Tieren.

Viele Helferinnen und Helfer des Aargauer Tierschutzvereins engagieren sich freiwillig mit grosser Hingabe und Kompetenz für das Wohl der Tiere. Sie leisten somit einen wesentlichen Beitrag zum Wohlergehen aller Tiere.

Der Kanton Aargau sollte vermehrt Verantwortung übernehmen, um so – neben den natürlichen Lebensgrundlagen aller Lebewesen – auch die Tiere zu schützen. Mit einem aktuellen jährlichen Kantonsbeitrag von 33 000 Franken an den Aargauer Tierschutzverein kann dieser private und gemeinnützige Verein die tierschützerischen Aufgaben kaum noch erfüllen!

## «Tiere sind keine Ware»

### Die Aargauer Regierung hat einen Tierschutzauftrag!

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Petition verlangen vom Aargauer Regierungsrat künftig den Kantonsbeitrag an den

Aargauer Tierschutzverein zu verdoppeln! Die Mittel dafür können unter anderem auch aus dem Swisslos-Fonds entnommen werden.

**Diese Petition kann jede Person in der ganzen Schweiz unterzeichnen!**

Nr.	Name	Vorname	Strasse/Nr.	PLZ/Ort
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				

**Den teilweise oder vollständig ausgefüllten Unterschriftenbogen wollen Sie bitte so rasch wie möglich an die unten stehende Adresse einsenden. Danke!**

**Schweizer Demokraten SD, Kantonalsektion Aargau, Breitstrasse 14, 5734 Reinach** (weitere Unterschriftenbogen können unter Telefon 079 332 70 71 bestellt werden) – [www.schweizer-demokraten-ag.ch](http://www.schweizer-demokraten-ag.ch)

**Kanton Bern****Dauerbaustelle Stadt Bern****Die Berner brauchen eine Pause – 12-monatiges Baumoratorium!**

In der Stadt Bern wurde in den letzten Jahren eine Grossbaustelle durch die nächste abgelöst (Bahnhofplatz, Tram Bern-West, Neufeldtunnel, Neufeldstrasse, bald Wankdorfplatz, usw.). Nichts gegen eine vernünftige Erneuerung der Infrastruktur, aber die andauernde, meist sehr lange und lärmige Bauerei, verbunden mit massi-

ven Verkehrsbehinderungen, gehen den Bernerinnen und Bernern langsam aber sicher «an die Nerven».

*Der Postulant fordert deshalb:*

**Mit Ausnahme der bereits laufenden Bauprojekte ist in der Stadt Bern während 12 Monaten ein Moratorium für grössere Bauarbeiten zu erlassen.**

**Kanton Zürich**

**In unregelmässigen Abständen werden wir künftig die Leser dieser Zeitung über die Tätigkeiten und Ansichten verschiedener Ämter informieren. Diesem Briefwechsel mit Bern haben wir nichts beizufügen.**

**Ein Bürger und Steuerzahler aus dem Kanton Zürich schreibt per Mail an das BFM (Bundesamt für Migration)**

*Sehr geehrte Damen und Herren*  
Ich bin sehr enttäuscht über die Umsetzung der Gesetzgebung Ihres Amtes (Ausländergesetz und Asylgesetz). Dabei scheinen mir zwei Punkte erwähnenswert:

1. Fehlender Wille der ausführenden Behörden.
2. Laschheit bei der Umsetzung der Gesetze.

Es ist eine Tatsache, dass die Globalisierung der Schweiz ihren Fortgang nimmt und die Behörden zusehen, ohne zukunftsgerichtete eigene Visionen. Politik heisst doch auch Vorausschauen!

Das Volk hat mit überwältigender Mehrheit einem verschärften Asylgesetz zugestimmt. Aber das Volk wird nicht ernst genommen. Der Bürger ist ja so geduldig! Immer mehr muss man zur Kenntnis nehmen, dass sich z.B. Nicht-EU-Ausländer in der Schweiz niederlassen, ganz zu schweigen von den EU-Bürgern, denen das Gesetz ja viele Freiheiten gibt. Bezüglich Nicht-EU-Ausländern, denen eigentlich kein Aufenthalt in der Schweiz gewährt werden sollte (Türken, Serben, Kroaten usw.), werden von den Behörden dennoch Einreisebewilligungen ausgestellt. Gerade hier sollte man die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen ergreifen und durchsetzen. Ist sich das Bundesamt eigentlich bewusst, was diese Politik für die Zukunft der Schweiz zur Folge hat? Offensichtlich ist das Denken

in komplexen Zusammenhängen nicht die Stärke unserer politischen Entscheidungsträger.

Zukünftige Generationen von Schweizern werden vermutlich in der Minderheit sein, wenn so weitergeworsten wird wie bis jetzt!

Sie werden in Ihrer Antwort, falls eine solche erfolgt, bestimmt die Menschenrechte erwähnen. Dies ist jedoch nur zum Teil akzeptabel. Bitte nehmen Sie doch die Anliegen der noch in der Schweiz lebenden Schweizer ernst!

*Mit freundlichen Grüssen  
gez. Max Muster*

*Sehr geehrter Herr Muster!*

Besten Dank für Ihre Nachricht im BFM-Internet-Mailinfo.

Sie machen darin auf die nach Ihrer Meinung negativen Folgen des revidierten Asylgesetzes und des neuen Ausländergesetzes aufmerksam und fordern in einigen Punkten die Änderung der heutigen Politik. Zudem sind Sie der Auffassung, dass auf weitere Gesetzesänderungen zu verzichten und das Recht auf Asyl gar abzuschaffen sei. Da Sie keinen Einzelfall schildern, können wir auch keine konkreten Erklärungen/Ausführungen machen. Es ist aber festzuhalten, dass sämtliche Eingänge via BFM-Internet-Mailinfo ernst genommen werden.

Wie Sie wissen, ist die Migrationspolitik in der Schweiz wie in vielen anderen Ländern sehr umstritten. Einerseits wird eine generelle Öffnung der Schweiz für alle Migranten und Migranten gefordert, und andererseits wird die aktuelle

Politik als viel zu grosszügig beurteilt. Dies zeigt auch die Tatsache, dass das Asylgesetz sowie das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer vor einer erneuten Revision stehen. Das Parlament wird sämtliche Vorlagen eingehend diskutieren, und – sofern das Referendum ergriffen wird – kann

das Volk schliesslich über die Gesetzesänderung entscheiden. Wie Sie jedoch richtig erwähnen, stellt das internationale Recht dabei gewisse Vorgaben auf, über welche sich die Schweiz nicht hinwegsetzen kann.

*Freundliche Grüsse  
Bundesamt für Migration*

**Auf Schlagwort Rassismus nicht eingehen!**

*Patrick Blöchliger (SD),  
Gemeinderat,  
Zürich*

**Persönliche Erklärung**

Mit Befremden nehmen wir Schweizer Demokraten vom sogenannten «ersten Rassismusbericht» des Zürcher Stadtrates Kenntnis. Offenbar ist geplant, noch mehr ähnliches zu produzieren. Was der Stadtrat als «Rassismus» bezeichnet, ist der **natürliche nationale Selbsterhaltungswille**, der trotz jahrzehntelanger antinationaler Gehirnwäsche bei einem grossen Teil der Schweizerinnen und Schweizer doch noch existiert. Dieser ist nicht zu bekämpfen, sondern zu fördern. Es ist völlig natürlich und überall auf der Welt **selbstverständlich, zuerst für die eigenen Volksangehörigen zu sorgen**. Der Stadtrat beklagt sich darüber, dass z.B. Liegenschaftsverwaltungen dies tun, was wir im Übrigen bezweifeln, wenn wir sehen, in welcher Weise viele Wohnsiedlungen in dieser

Stadt belegt sind. Er spricht auch von «ethnisierter Gewalt» und verschweigt, dass diese fast ausschliesslich von gewalttätigen, nicht assimilierbaren Immigranten aus fremden Kulturkreisen ausgeht und Schweizer Opfer betrifft. Die Stadtregierung will noch mehr Geld für die Beratung von Opfern des angeblichen «Rassismus» verschleudern statt z.B. endlich wirksam nach Illegalen zu fahnden, damit diese ihre überfällige Heimreise antreten können. Wir Schweizer Demokraten protestieren gegen die schweizerfeindliche Politik des Stadtrates.

**Wir Schweizer Demokraten rufen alle Arbeitgeber, Wohnungsvermieter und überhaupt alle Bürger auf, erst recht Miteidgenossen die Vorzugsstellung zu geben, die sie als Einheimische selbstverständlich zugute haben, und auf das dumme Schlagwort «Rassismus» gar nicht einzugehen.**

Wir versprechen allen Schweizerinnen und Schweizern in dieser Stadt, dass wir weiterhin und noch mehr den Grundsatz hochhalten: «Mer sind i de Schwiiz – drum d'Schwiizer zerscht!»

**Vier Ja der Schweizer Demokraten**

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für den städtischen Urnengang vom 27. September 2009 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

**Verordnung über die polizeiliche Datenbank GAMMA** **Ja**

**Projekt Albis, neuer Hauptstandort Organisation und Informatik der Stadt Zürich (OIZ), Objektkredit von 139,4 Mio. Franken** **Ja**

**Rahmenkredit von 180 Mio. Franken für den Bau umwelt-schonender Anlagen des EWZ-**

**Geschäftsfeldes «Energiedienstleistungen»** **Ja**

**Objektkredit von 50 Mio. Franken für eine städtische Quartierverbindung in Oerlikon** **Ja**

Die polizeiliche Datenbank GAMMA ist zur Bekämpfung der zunehmenden gewalttätigen Ausschreitungen an Sportanlässen dringend nötig. Nur so können friedliche Fans diese Veranstaltungen wieder ungestört geniessen.

Die Zusammenführung der OIZ an zwei Standorten wird einen viel effizienteren Betrieb ermöglichen. Die Investitionen dafür sind zwar



sehr hoch, aber langfristig lohnend. Der EWZ-Rahmenkredit ist ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Weg zu einer ökologisch besseren Energiepolitik. Die SD weisen allerdings darauf hin, dass alle diesbezüglichen Bemühungen letztlich fruchtlos bleiben werden, wenn nicht endlich die Massenein-

wanderung gestoppt wird, denn mehr Menschen verbrauchen zwangsläufig mehr Energie!

Die bessere Verbindung des neuen Quartiers nördlich des Bahnhofs Oerlikon mit «Alt-Oerlikon» erhöht die Lebensqualität der QuartierbewohnerInnen und ist zu begrüssen.

verschwiegen und finanziell noch mehr zugemutet. Medien thematisierten alles, doch die wahren Ursachen wurden dem Bürger verheimlicht! Genau gleich handelte FDP-Bundesrat Couchepin. Auch in seine Amtszeit fallen gewaltige Kostensteigerungen im Prämien-sektor. So schlugen alleine 2008/2009 die Aktienverluste der Krankenkasse (z.B. UBS-Papiere) durch den internationalen Banken-Kollaps mit 1500 Millionen Franken zu Buche, verbunden mit den üblichen Kostensteigerungen. Dreifuss hatte es 2001 zu tun mit etwa 40 000 Asylbewerbern und über 100 000 Neueinwanderern; Hunderttausende hatten die Papiere vernichtet (Paperlose) – zudem haben viele dieser Zuwanderer medizinischen Nachholbedarf und kommen oft nur darum in unser Land. Auch bei Bundesrat Couchepin ist die Lage gar nicht besser. Wieder läuft die Einwanderung wie geschmiert. Dazu kommen Tausende von Asylananten aus Afrika mit teils gewaltigem medizinischem

Nachholbedarf. Da müssen doch unsere KK zusammenbrechen, und schon meldet Couchepin gewaltige Kostensteigerungen fürs 2010 an! Alles auf dem Buckel unseres Volkes. SP-Bundesrätin und FDP-Bundesrat – wo bleibt hier der politische Unterschied? Beide verraten das einfache Volk. Beide arbeiten gar nicht für unsere Heimat – vielleicht und bestenfalls für gewisse Interessenskreise unseres Volkes! Darum wird ja auch eine Opposition, die Dinge beim Namen nennt, in vielen Medien diskriminiert. Verfassung hin oder her! Bundesrat Couchepin will völlig unsinnig bei den Labors der Hausärzte sparen und merkt offensichtlich nicht, dass auf diese Weise der Patient zwei Arztbesuche machen muss – einmal zum Untersuch und dann nochmals, wenn die Labor-Resultate eingetroffen sind. Was aber tut der akut Leidende in der Zwischenzeit – vielleicht Tee trinken – Herr Couchepin?

*F. Auf der Maur, Volketswil*

**Leserbrief**

**Fiasko Krankenkasse – das sind die Gründe!**

Einst versprach eine linke Bundesrätin, Ruth Dreifuss, als Exponentin der Sozialdemokraten und als höchste Vertreterin der «Arbeitervertreter», endlich Ordnung zu schaffen im «Unwesen» der Krankenkassen! Grosse Töne und Versprechen hat Frau Dreifuss medial verkünden lassen und schon hofften Betroffene und Menschen mit kleinem und bescheidenem Einkommen auf eine Besserung ihrer

Lage. 1997 bis 2002 sind die Prämien um 40 Prozent gestiegen und die linke Bundesrätin tat alles, um die Ursachen dieser und weiterer Kostenexplosionen zu verheimlichen. Experten hatten schon vor Jahren gewarnt, jährlich könnten die KK nicht mehr als 40 000 Neuaufnahmen verkraften. Alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen und die wahren Ursachen der Kostensteigerungen dem Volke



*JSD zahlreich präsent.*



*SD-Vize Markus Borner als 1.-August-Redner.*



*Aufmerksame Zuhörer...*

**Zu Gast im «Winkelried» in Wettingen**

**Eine unvergessliche 1.-August-Feier der Schweizer Demokraten!**

Die Einladung zur diesjährigen traditionellen 1.-August-Feier der Schweizer Demokraten liess einiges erhoffen: Glücklicherweise fand diese dann im grossen Saal des Restaurants «Winkelried» statt, wo – trotz spritziger Ansprachen verschiedener Redner und den lüpfigen Melodien des Duos Bolliger/

Klees – die Raumtemperatur an diesem sehr heissen Feiertag wenigstens noch erträglich blieb. Für Notfälle stand zudem die Gartenwirtschaft für Abkühlung aussen und innen zur Verfügung! Unter Hunger und Durst musste sicherlich auch niemand leiden! Die vortragenen Reden waren wirklich

patriotisch ausgerichtet und wiesen den souveränen Weg der Schweiz in die Zukunft. Zusammengefasst: Einmal mehr ein gelungenes Geburtstagsfest, welches allen in guter Erinnerung bleiben wird. Den Aargauer Parteifreunden besten Dank für die gelungene Organisation!



*«Alte» Bekannte treffen sich wieder.*



*Die Zürcher habens lustig.*



*Das Duo Bolliger/Klees musikalisch voll dabei.*



*Auch beim Essen gabs angeregte Diskussionen.*

# Diskussion zur Sterbehilfe-Problematik

Ein Beitrag aus christlicher Sicht

Die Auseinandersetzung, ob die Organisation von «EXIT» oder jene von «Dignitas» das Problem würdiger, menschengerechter angeht, ist ohne Belang. Die diesbezüglichen Argumentationen sind ohne Tiefgang und weichen der Grundfrage des Problems aus.

Diese Frage lautet: **Sind wir berechtigt, über unseren Todeszeitpunkt frei zu entscheiden?**

Mit dieser Fragestellung berühren wir nicht nur die Themen aktiver und passiver Sterbehilfe. Angesprochen und in Frage gestellt ist damit auch die Lebensverlängerung mit buchstäblich allen Mitteln. Zu denken ist an die Organtransplantation, die künstliche Ernährung und Beatmung hirntoter Menschen, aber auch an die verzweifelte Verlängerung der Lebens-(Leidens-)Zeit schwerst krebserkrankter Patienten und an die Abtreibung – zu welchem Zeitpunkt auch immer.

## Was ist der Mensch?

Im christlichen Verständnis – und das müsste eigentlich noch verbindlich sein, solange wir uns als christliches Abendland verstehen, **ist der Mensch ein Geschöpf Gottes** – bestehend aus vergänglichem Körper und unsterblichem Geist/Seele und der dazu gehörenden Abhängigkeit von den Spielregeln des Schöpfers. Ohne an dieser Stelle die Themen Präexistenz, Reinkarnation und Karma in die Diskussion miteinzubeziehen, scheint die Überbetonung der freien Verfügbarkeit der physischen Existenz durch das einzelne Individuum doch eher fragwürdig zu sein. Wie die Erfahrung zeigt, werden damit Gefahren heraufbeschworen, die mit Stichworten wie Euthanasie, Unterscheidung von wertem und unwertem Leben angedeutet seien. Und auf andern Gebieten – man denke an das Problem der Todesstrafe oder die künstliche Verlängerung des Lebens eines Hirntoten – ist unsere Gesellschaft dann äusserst skrupulös.

Der Tod – verstanden als Übergang des Individuums aus der materiellen in die geistige Ebene – dürfte doch kein Schreckgespenst sein, das tabuisiert und aus dem Erlebnisbereich der meisten Menschen möglichst ausgeschlossen wird. So ist denn auch die möglichste Blockierung der Arbeit von Dignitas mit den bekanntesten Argumenten nicht nachvollziehbar.

## Die Rolle und Aufgabe der Gesellschaft

kann und darf auch beim Suizid-Problem nicht ausgeblendet werden. Die Grundeinstellung zum Leben an sich wird durch die Eltern, die Massenmedien, die Gesetzgebung und – vor allem – durch die Lehren der religiösen Bekenntnisse geformt und bestimmt. Entsprechend ist durch die Gemeinschaft das soziale Sicherheitsnetz, die Fürsorge für Hilfsbedürftige (physischer und psychischer Art) und schliesslich und vor allem die zwischenmenschliche Anteilnahme und Hilfestellung zu entwickeln. Die in den vergangenen Jahrzehnten festzustellende Zerschlagung der tragenden Strukturen von Familie, Sippe und der natürlich gewachsenen Gemeinschaft in Wirt-

schen in wenig erfreulichen Begleitumständen hängen in der Regel am Leben. Der Grund dürfte im meist unbewussten Drang liegen, die uns für unsere irdische Wanderschaft gestellten Aufgaben auch wirklich zu lösen. Dazu aber brauchen wir Zeit, also ein langes Leben.

## Der Sinn des Leidens

scheint nicht mehr genügend erkannt zu werden. Die seelische Reifung alternder und kranker Menschen und ihrer Umgebung ist unbestreitbar eine menschliche Aufgabe, die vor dem existenziellen Wechsel in die geistige Ebene erfüllt werden muss.

Das Davonrennen vor dieser Aufgabe mit Hilfe des Suizids ist letztlich ein Versagen des Betroffenen und seiner Umgebung.

buchstäblich allen Mitteln ein Irrweg der High-tech-Medizin und dient vor allem dem **Ruhm der Ärzteschaft** und weniger dem sterbenden Menschen. Wir haben auf diese Problematik bereits hingewiesen.

## Ist die passive Sterbehilfe rechtlich zu üchten?

Im Wissen um die Selbstverantwortung des Menschen für sein diesseitiges und sein jenseitiges Schicksal wäre es vermessen, den Suizid und damit auch die passive Sterbehilfe grundsätzlich zu verbieten. Vor allem hinderte dies verzweifelte Menschen nicht daran, diesen Schritt zu tun.

Die vielen misslungenen Selbstmordversuche und die oft unter schlimmen Bedingungen ausgeführten Selbsttötungen hinterlas-



Aktive Sterbehilfe bald mit Injektion?

schaft und auf der politischen Ebene hat einen offensichtlichen Verlust der Bejahung des Lebens mit allen seinen Aspekten zur Folge. Hier bewusste Gegengewichte zu schaffen (Altersresidenzen, Alterswohnheime, Pflegeheime, Selbsthilfegruppen, Mahlzeitendienste, soziale Beratung usw.) ist eine klare Aufgabe der Gesellschaft.

Dabei darf allerdings der Egoismus nicht zum dominanten Faktor werden; dies weder im individuellen noch im politischen Bereich.

Solange die westliche Welt diese Aufgabe nur für sich selbst in Anspruch nimmt, die Angehörigen anderer Völker jedoch ruhig hungern dürfen oder mit «aktiver Sterbehilfe» (lies Krieg) aus dem Weg geräumt werden, sind die hiesigen Diskussionen des Problems schlicht heuchlerisch.

Fast jedermann möchte gerne ein hohes Alter erreichen – sofern er gesund ist und seine materiellen Lebensumstände von befriedigender Qualität sind. Und selbst Men-

Dabei ist in aller Bescheidenheit und Demut anzuerkennen, dass die Prüfungen die Leidensfähigkeit und Kraft der Patienten und ihrer Betreuer übersteigen können. Wenn sich ein Betroffener dann zum Suizid entschliesst und diesen auch ausführt, scheint mir vor allem das «mea culpa» mit verzeihender Liebe am Platze zu sein. Und es ist doch wohl auch zu fragen, was man im Dienste des leidenden Mitmenschen hätte besser machen können.

Die spirituelle Begleitung des Verstorbenen sollte wieder zu einer Selbstverständlichkeit werden. Ganz im Gegensatz zu den heutigen Trends, die Bücher möglichst bald zu schliessen und zur Tagesordnung überzugehen.

## Die Patienten-Verfügung

kann als bewusste Annahme des Sterbens unter entsprechenden Umständen verstanden werden und ist zu bejahen. Dagegen ist die Verlängerung des Lebens mit

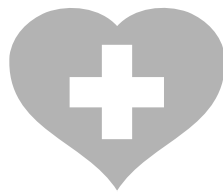
sen zudem schwerste seelische Traumata bei den Angehörigen. Es scheint deshalb wirklich besser, in aller Diskretion die Beihilfe zuzulassen – ohne umfassende staatliche Regelung und juristische, belastende Rahmenbedingungen, wie z.B. das nachträgliche Aufkreuzen eines Staatsanwaltes mit einer uniformierten Polizeibegleitung.

Wichtig scheint mir, dass das Sterben, der Tod und das Leben danach wieder in aller Öffentlichkeit thematisiert werden. Es ist genügend Wissen vorhanden, um den Ganz-Tot-Theoretikern zu entgegnen und den Menschen unserer Zeit und Kultur wieder eine hoffnungsvolle Sicht der Dinge vermitteln zu können.

**Sicher ist, dass dicke Schlagzeilen nichts dazu beitragen, im Bewusstsein der heutigen Menschen die Beziehungen zwischen Schöpfer und Geschöpf zu vertiefen und angemessene Folgerungen zu ziehen.**

Valentin J. Oehen,  
e. Nationalrat, Köniz





## Référendum contre le Cassis de Dijon



Ueli Brasser,  
conseiller  
communal,  
président central  
des DS, Zurich

Lors de leur dernière session, les Chambres fédérales ont voté la révision de la loi sur les entraves techniques au commerce qui consacre l'introduction, dans le droit suisse, du fameux principe du Cassis de Dijon. Cela signifie que tous les produits fabriqués selon les prescriptions en vigueur au sein de l'Union européenne ou de l'un de ses Etats membres, et qui sont mis légalement sur le marché de ces pays, pourront dorénavant être librement commercialisés en Suisse, même s'ils ne sont pas conformes aux normes helvétiques. Continueront à faire exception les produits soumis à homologation (et ils restent nombreux, des véhicules à moteur aux produits phytosanitaires, en passant par les compteurs électriques ou les médicaments), ceux frappés d'une interdiction d'importer ou ceux qui nécessitent une autorisation d'importation préalable.

Cette décision est contestable à plus d'un titre. En effet, elle vise à lutter contre le prétendu «îlot de cherté» helvétique et espère, par ce biais, faire baisser les prix sur le marché domestique à raison de deux milliards de francs par année. Ce chiffre, seriné depuis de nombreuses années par les services officiels, repose sur des évaluations en grande partie obsolètes. On ne peut que douter de sa crédibilité, ce d'autant plus que l'écart des prix avec nos voisins tend depuis plusieurs années à se résorber et que de nombreux produits sont d'ores et déjà meilleur marché en Suisse que dans les pays environnants; citons à ce titre les boissons, les fruits et légumes, l'électronique, les jouets, ou encore le matériel informatique.

En accordant unilatéralement aux produits européens un accès libre au marché domestique, la Confédération se prive volontairement d'un atout précieux dans ses discussions avec l'Union européenne, alors même que cette dernière n'était en rien demanderesse. Dans un contexte international où tout se négocie, cette aberrante capitulation n'est absolument pas justifiée. Pire encore, on peut légitimement redouter que ce cadeau n'en vienne à stimuler l'appétit de nos voisins lors de prochaines discus-

ons. Les attaques infondées – et parfois déloyales – dans le dossier du secret bancaire ont démontré qu'il ne pouvait être question de baisser la garde et de galvauder nos avantages sans la moindre contrepartie.

Initialement, le projet aurait eu pour conséquence de discriminer le producteur suisse actif sur le marché domestique par rapport à son concurrent qui exporterait une partie de sa production, puisque le premier aurait dû continuer à respecter les normes suisses, tandis que le second aurait pu adopter les normes européennes. Certes, cette discrimination a été atténuée par les Chambres fédérales puisque le fabricant de produits destinés au marché indigène pourra désormais

produire en respectant les normes européennes (sauf pour ce qui concerne les produits agricoles). Il n'en demeure pas moins que le procédé demeure choquant puisqu'il conduit à conserver des normes tout en autorisant de ne pas les respecter. Or, soit ces normes sont justifiées et il s'agit de les appliquer, soit elles apparaissent comme inutiles ou excessives et il faut alors les abroger ou les amender en suivant un processus législatif normal.

**Pour toutes ces raisons, le Comité «NON au Cassis de Dijon» vous invite à signer et faire signer le référendum contre la loi sur les entraves techniques au commerce.**



Canton de Vaud



## Sauver Lavaux

C'est avec joie que nous avons appris que l'initiative cantonale «Sauver Lavaux une fois pour toutes» de notre estimé Franz Weber a recueilli avant même le dernier délai pour la remise des signatures aux municipalités plus de 18000 signatures. Le nombre requis de signatures valables est de 12000. Lors de deux stands d'information à Lausanne, les Démocrates Suisses du Canton de Vaud ont récolté des signatures pour l'initiative. Nous avons lors du premier stand constaté les effets d'une campagne insidieuse orchestrée par les mi-

lieux économiques visant à dissuader les citoyens de signer en suggérant que cette fois Franz Weber allait trop loin. C'était peine perdue.

Lors du lancement de l'initiative tandem de Franz Weber sur le plan national les Démocrates Suisses de toute la Confédération avaient récolté des signatures.

Les DS sont reconnaissants à notre compatriote Franz Weber pour son action visant à préserver les sites et le patrimoine de notre beau pays contre ceux qui par avidité du gain le défigurent.

MCG  
www.mcge.ch

Le MCG s'engage pour Vous!

Le 11 octobre  
Je vote MCG

Votez  
La Liste N°7

Mouvement Citoyens Genevois

www.mcge.ch

## La mystique égalitaire

Au début du mois de juillet, le Conseil fédéral a mis en consultation un projet de nouvelle disposition pénale qui vise à punir l'utilisation de symboles racistes d'une amende pouvant atteindre jusqu'à 10 000 francs. Sont visés en premier lieu les symboles nazis tels que la croix gammée, les runes SS ou le salut hitlérien. Il est certes permis de s'interroger sur la pertinence de cette mesure qui ne concerne qu'une poignée d'individus (le rapport sur la sécurité intérieure 2008 recense 1200 extrémistes de droite en Suisse, soit 0,015 % de la population), mais ce serait passer à côté de l'essentiel. Car ce qu'une démocratie tolère est bien plus révélateur que ce qu'elle veut interdire.

### Tous les morts ne se valent pas

On serait en droit d'attendre d'une démocratie conséquente qu'elle lutte contre tous les extrémismes avec la même détermination. Or force est de constater que tous les extrémismes ne se valent pas. Selon le Tages-Anzeiger du 2 juillet 2009, les partis de droite ont demandé que des symboles d'extrême gauche tels que le «A» anarchiste ainsi que le marteau et la faucille soient aussi interdits. L'Office fédéral de la justice ne le voit cependant pas de cet œil et argue que les idées d'extrême gauche, à la différence de celles d'extrême droite, ne sont pas racistes. L'argument n'est pas nouveau: en 2005, une telle dispute avait déjà eu lieu entre l'Union européenne et certains de ses nouveaux Etats membres d'Europe orientale. Ces derniers souhaitaient que les symboles communistes soient interdits au même titre que les symboles nazis, dans la mesure où les dictatures communistes étaient responsables de la mort de dizaines de millions de civils innocents, en nombre nullement inférieur aux victimes du nazisme. Franco Frattini, commissaire à la justice, liberté et sécurité, avait alors répondu que les deux débats ne devaient pas être mélangés, car les symboles nazis renvoyaient plus spécifiquement au racisme, à la xénophobie et à l'antisémitisme.

Tuer au nom de l'égalité, comme l'ont fait les régimes communistes, semble donc être moins condamnable que tuer au nom de la race. Il découle logiquement de cette façon de voir que les victimes du communisme valent moins que les victimes du nazisme. Si l'on mesurait l'horreur d'un système poli-

tique au nombre de personnes qu'il a tuées, la conclusion inverse devrait pourtant s'imposer: la Seconde Guerre mondiale, dont la responsabilité est imputée à l'Allemagne hitlérienne, a entraîné la mort d'environ 55 millions de personnes. Le communisme a pour sa part fait entre 80 et 100 millions de victimes; il a de surcroît commencé à tuer bien avant l'arrivée de Hitler au pouvoir et a continué de le faire bien après la disparition de celui-ci. (Ces éléments n'exonèrent évidemment en rien le nazisme de ses crimes, car les morts ne se soustraient pas, mais s'additionnent).

### Sauver l'égalitarisme à tout prix

Si nos démocraties dites avancées rechignent à condamner les crimes communistes avec la même vigueur que les crimes nazis, c'est parce que l'idée d'égalité est au cœur de la pensée démocratique contemporaine: pas un jour ne passe sans qu'on en réclame davantage (égalité de traitement entre étrangers et nationaux, entre immigrés clandestins et immigrés légaux, entre homosexuels et hétérosexuels, etc.). Mettre les victimes du communisme et les victimes du nazisme sur un pied d'égalité porterait un rude coup aux fondements philosophiques et moraux de nos démocraties. Si en effet ces dernières pensent sincèrement qu'une idée doit être rejetée en raison des malheurs qu'elle a entraînés, alors l'idée d'égalité devrait passer aux oubliettes de la pensée politique au même titre que l'idée de race. Or les droits de l'homme, dont nos démocraties se veulent les championnes, reposent sur les mêmes postulats égalitaires et universalistes que le communisme. Pour sauver les droits de l'homme, il faut par conséquent que le nazisme reste le repoussoir par excellence.

### Le mythe des «bonnes» intentions

Un biais est donc introduit dans l'appréciation des événements historiques. Lors du débat relatif au *Livre noir du communisme*, certains historiens n'avaient ainsi pas hésité à relativiser les crimes communistes au motif qu'ils procédaient de nobles idéaux, trahis par Staline, tandis que le nazisme avait eu d'emblée de mauvaises intentions. Cette interprétation relève de la mauvaise foi. Premièrement, les meurtres de masse communistes avaient commencé dès 1917, sous l'égide de Lénine; Staline n'a fait que poursuivre et intensifier la



Croix celtic.

politique lancée par son prédécesseur. Ensuite, le fait que le communisme ait produit le contraire de ce qu'il annonçait peut difficilement servir d'excuse: une idéologie «bonne» qui trahit à ce point ses idéaux ne se discrédite-t-elle pas davantage qu'une idéologie «mauvaise» qui tient ce qu'elle promet? Soyons justes: toute politique égalitariste ne débouche pas forcément sur le Goulag et sur le meurtre de masse. L'honnêteté impose d'ajouter qu'une politique différencialiste, menée avec nuance et patience, ne débouche pas non plus nécessairement sur un nouvel Auschwitz. Quelle que soit l'idéologie, les crimes se produisent généralement lorsque l'on veut forcer la roue de l'histoire pour obtenir des résultats tangibles dans de très brefs délais.

### Un «Christ» aux mains sales

Le biais en faveur des idées égalitaires peut être observé au quotidien. Lorsque, le 1er août 2008, un jeune homme a été vu à une manifestation nationaliste avec un t-shirt frappé du texte «Friedrich Leibacher, héros national. Pourquoi n'as-tu pas habité à Berne?», l'indignation a – à juste titre – été grande (1). Personne ne s'offusque en revanche de voir dans les rues de nos villes de nombreux t-shirts à l'effigie de Che Guevara, communiste cubain à l'aura quasi christique en dépit du sang qu'il a sur les mains. Dans son livre «La face cachée du Che», Jacobo Machover rappelle que le «Che» s'est rendu corresponsable de l'exécution de près de 200 détenus lorsqu'il dirigeait la prison de La Cabaña, où était également pratiquée la torture. En 1964, le «Che» a été jusqu'à

justifier la politique cubaine d'exécution d'opposants politiques dans l'enceinte des Nations unies. Il a par ailleurs tué de ses propres mains: sa première victime s'appelait Eutimio Guerra, abattu d'une balle dans la tête. Mais on passe généralement sur ces «détails» comme chat sur braise et les t-shirts à l'effigie du «Che» continuent de se vendre comme des petits pains.

### Ne pas se laisser leurrer

Mais à trop se concentrer sur la question des symboles, on perd de vue les enjeux véritables: au-delà du nazisme, c'est en fait toute pensée de type différencialiste, non universaliste qui est visée. Depuis des décennies, les peuples européens sont progressivement détruits en tant que communautés biologiques et culturelles au nom d'idéaux égalitaires qui tiennent davantage de la mystique que de la raison. Ils se voient imposer une immigration de masse qui mène peu à peu à leur dissolution. Les égalitaristes ont beau user d'une rhétorique toute orwellienne («progrès», «enrichissement», «chance») pour enjoliver leur politique, c'est bien d'une forme de génocide qu'il s'agit. Certes, personne n'est tué d'une balle dans la nuque, mais il n'en demeure pas moins que les peuples européens se font peu à peu remplacer par de nouveaux venus dont la majorité n'est probablement pas près de repartir. J'admets évidemment qu'il n'existe pas de peuple «éternel», que tout peuple est susceptible de changer de visage au gré des vagues migratoires, mais ce à quoi nous avons affaire depuis 1945 est bel et bien une politique délibérée de destruction des peuples au nom d'une conception abstraite de l'homme.

(1) Le 27 septembre 2001, Friedrich Leibacher a pénétré armé dans le Parlement du canton de Zoug et s'est mis à tirer, tuant 14 personnes et en blessant 15.

Jan Mahnert est un auteur indépendant



**Pour faire  
une vraie  
différence,  
votiez la**

**liste 11 MCG  
sans modifications!**



Motion déposée au Parlement genevois!

## Le MCG exige que le fils Kadhafi soit «persona non grata» à Genève!

Les députés du MCG ont déposé aujourd'hui une motion demandant que Monsieur Hannibal Kadhafi soit déclaré «persona non grata» sur le territoire du canton de Genève.

Le fils du «Guide» libyen a menacé publiquement de destruction notre République et canton, alors que son père Muammar Kadhafi continue de retenir deux otages suisses, totalement innocents, en Libye. Ces procédés ne peuvent être tolérés, comme ne peut l'être la maltraitance envers du personnel de service.

Certaines personnes doivent être déclarées dangereuses, non seulement pour leur entourage, mais également et surtout pour la sécurité intérieure de l'Etat. Tel est le cas de Monsieur Hannibal Kadhafi, dont d'autres pays ont également eu à souffrir du comportement. Il est ainsi préférable de leur interdire le territoire de la République et Canton de Genève, afin de ne pas les mettre eux-mêmes dans une situation délicate.

Le MCG réclame une politique de fermeté envers les Etats étrangers qui ne respectent pas sa souveraineté, car la faiblesse dont ont fait preuve nos autorités, après avoir laissé se dégrader la situation depuis plus d'une année jusqu'au point de non retour, ont causé un tort considérable à l'image du pays tout entier.

Les Genevoises et Genevois, pour qui le respect de l'ordre juridique est un impératif incontournable, y

compris pour celles et ceux qui considéreraient que les organes de l'Etat auraient outrepassé les limites de leurs prérogatives, ont été choqués d'apprendre que la force, le chantage et l'arrogance pouvaient primer le droit.

Genève est, et sera toujours, une ville d'accueil et d'ouverture. Les citoyens du monde entier sont les bienvenus sur notre territoire, à charge pour eux de respecter nos lois, comme nous nous faisons un devoir de respecter les leurs.

Les personnes qui appellent de leurs vœux notre disparition, et qui affichent publiquement à notre égard mépris et haine doivent être considérées comme définitivement indésirables.

**Ce message ferme s'adresse à Monsieur Hannibal Kadhafi personnellement, et non au peuple libyen, contre lequel les Genevoises et Genevois ne nourrissent aucune animosité.**

Au-delà du cas particulier qu'elle concerne, cette motion est une mise en garde aux autorités fédérales et cantonales, contre toute compromission envers les ennemis de Genève, de la Suisse, et de la démocratie.

Il y a certaines fins qui ne justifient pas n'importe quel moyen pour les atteindre, lorsque l'image d'un pays tout entier est en jeu.

*Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens genevois,*

*Candidat au Conseil d'Etat*

*Roger Golay, vice-président et Chef de groupe parlementaire MCG*



Le MCG présente 63 candidats au Grand Conseil

## Pour une politique de rupture

Les Citoyennes et Citoyens doivent être entendus dans l'enceinte du Parlement genevois, en une période difficile où notre canton et la Suisse traversent de graves crises. Le MCG propose une politique de rupture, pour lutter contre l'invasion des frontaliers jusqu'aux postes-clés de l'Etat, pour une politique de tolérance zéro face aux délinquants, pour le respect des personnes âgées et pour défendre un pays qui est menacé. A ce sujet le MCG annoncera le lancement d'une initiative cantonale mercredi!

Avec 63 candidats, le MCG présente la liste la plus représentative de la population genevoise, avec des représentants des professions libérales, de fonctionnaires, de salariés, et de toutes les catégories de Genevois. Tous, nous sommes fiers d'être Suisses et Genevois, de porter ces valeurs.

L'équipe du MCG au Grand Conseil va se battre pour réaliser cette politique de rupture que les électrices et électeurs réclament.

### Liste N° 7, MCG – Mouvement Citoyens Genevois

#### 1. Eric Stauffer – 1964 – Onex



Député, co-fondateur et président du MCG, conseiller municipal Onex, administrateur des Hôpitaux Universitaires de Genève, mem-

bre de la commission de structure de Pédiatrie-faculté de médecine, membre de la commission égalité homme-femme SPPE.

#### 2. Roger Golay – 1959 – Lancy



Député, Chef de groupe parlementaire, vice-président du MCG, conseiller municipal Lancy, membre de la fédération Suisse des fonctionnaires de Police, membre de la commission cantonale de l'aménagement du territoire, Maréchal de Gendarmerie.

3. Mauro Poggia
4. Thierry Cerutti
5. Claude Jeanneret

6. Jean-François Girardet
7. Pascal Spuhler
8. Carlos Saraiva-Medeiros
9. Dominique Rolle
10. Henry Rappaz
11. Marie-Thérèse Engelberts
12. Philippe Aubert
13. Olivier Sauty
14. Eric Oulevey
15. Josiane Koffi
16. Maurice Clairret
17. Jean Fontaine Vive Curtaz
18. Christophe Andrié
19. Fabien Delaloye
20. Jean-Marie Voumard
21. Florian Gander
22. Christian Muller
23. André Python
24. Maïté Kramer
25. Sandro Pistis
26. Nathalie Henriod
27. Guillaume Sauty
28. Christine Stettler-Vunig
29. Hédi Zayani
30. Bruno Reolon
31. Hakim Arherbi
32. Maria Fuentes-Cerrato
33. Théodore Berseth-Jovanovitch
34. Arsim Halimi
35. Laila Chaoui
36. Alain Martignoni
37. Maria Tramontano-Moro
38. Manuel Elias
39. Elsa Lenherr
40. Eric Hug
41. Bernard Tranchant
42. Estelle Marchon
43. Jean Villette
44. Ana Roch
45. Joseph Armao
46. Stéphanie Rossi
47. Pascal Herzig
48. Danièle Camen
49. André Sotomayor
50. Sabah Rahali
51. Philippe Heimo
52. Karen Goffinet Khalil
53. Ricardo Boix
54. Julien Tremblay
55. Mary Gervasoni
56. Christian Peray
57. Liliane Andrié
58. Alain Ryser
59. Van Minh Nguyen
60. Fatima Kehrli
61. Salah Ben Chaabane
62. Ahmed Khalil
63. Céline Tuscher

Libye-Suisse

## Le MCG-Genève demande la démission de Hans-Rudolf Merz

Le Mouvement Citoyens genevois est scandalisé par la déclaration du Président de la Confédération en Libye. Il vient de plier de manière particulièrement lâche face au dictateur libyen Muammar Kadhafi. Hans-Rudolf Merz n'est plus digne d'occuper sa fonction et le MCG réclame sa démission pour une attitude aussi détestable et méprisante.

Le président suisse, Hans-Rudolf Merz, a présenté jeudi à Tripoli ses excuses à la Libye pour l'arrestation en juillet 2008 d'un fils du leader libyen Muammar Kadhafi, qui avait maltraité des domestiques.

M. Merz désavoue ainsi les règles les plus élémentaires d'une démocratie où chacun est égal devant la loi et, ce qui est plus grave, il se soumet à la prise d'otage d'un Etat qui utilise la prise d'otage.

La Suisse a baissé son pantalon et s'excuse devant des terroristes preneurs d'otages. C'est indécent et indigne.

Le MCG en appelle aux citoyennes et citoyens de Suisse pour démettre ce personnage qui déshonore notre pays.

*Roger Golay, vice-président du Mouvement Citoyens genevois*

*Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens genevois*

**Gaddafi, der Schizophrene, hat (fast) alle im Griff**

## Das Recht auf den Kopf gestellt!

**In dieser Angelegenheit sind offensichtlich mehrere Beteiligte geistesgestört!**

Bundespräsident Hans-Rudolf Merz reiste nach Tripolis und entschuldigte sich für die Schweiz, respektive die letztjährige Verhaftung des Gaddafi-Sohnes Hannibal durch die Genfer Polizei und das Verfahren der Justizbehörden.

Im Juli letzten Jahres wurde Hannibal Gaddafi vorgeworfen, das Hauspersonal in Genf physisch misshandelt zu haben. **Die Anklage fusste auf Fakten!** Bloss, der Hannibal scheint unberührbar zu sein. Vater Muammar al-Gaddafi, Libyens Staatschef, liess daraufhin Schweizer Geschäftsleute in Tripolis festsetzen. Vater Gaddafi erklärte des Weiteren an der kürzlich im italienischen l'Aquila stattgefundenen G8-Gipfel (wo dieser als Gast teilnehmen konnte), dass die

Schweiz als Staat liquidiert werden müsste. Sohn Hannibal meinte gemäss der britischen «Sunday Times» vor Diplomaten in Tripolis, dass er die Schweiz – hätte er die Möglichkeit dazu – mit einer Atombombe wegfeigen würde...

**Und nun reist der Bundespräsident Hans-Rudolf Merz nach Tripolis und entschuldigt sich für die «Fehler» des Rechtsstaates Schweiz gegenüber Angehörigen des Gaddafi-Clans! Die Wirtschaft lässt grüssen!**

Für was sind denn Libyen und die Schweiz Mitgliedsländer in der UNO? Weshalb hat der Bundesrat die UNO denn nicht um Vermittlung gebeten?

**Hätte die Schweiz 1940 Bundesräte von der Qualität eines Hans-Rudolf Merz gehabt, so hätte Hitler die Schweiz alleine – in der Mercedes-Limousine nach Bern fahrend – zur Kapitulation zwingen können!**



Herr Merz, Ihr Verhalten ist ein Schlag ins Gesicht aller demokratisch gesinnten Schweizerinnen und Schweizer und deren Rechtsempfinden! Nehmen Sie Ihren Hut – möglichst

rasch – geniessen Sie Ihren Ruhestand und schweigen Sie gegenüber der Öffentlichkeit. Ihr Verhalten ist dermassen daneben!

*Schweizer Demokraten (SD),  
CH-Parteileitung*

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluwin.ch

## SD unterstützt Referendum gegen das Cassis-de-Dijon-Prinzip

**Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat an seiner Sitzung am 22. August 2009 in Suhr beschlossen, das ökologische Referendum gegen die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips tatkräftig zu unterstützen.**

Mit der einseitigen Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips würden die Schweizer Produkte gegenüber der Konkurrenz aus EU-Staaten benachteiligt und der Wirtschaftsstandort Schweiz geschwächt. Die Folgen sind eine Benachteiligung der Schweizer Produkte, tiefere Qualitätsstandards und auch der Verlust von einheimischen Arbeitsplätzen. Die SD führen in ihrer ab-

lehenden Haltung aber auch ökologische Gründe an: So sollen vorrangig Produkte aus der näheren Region konsumiert und auf den umweltbelastenden Import infolge oft langer Transportwege verzich-

tet werden. Deshalb unterstützen die SD das ökologische Referendum der Westschweizer Bauernorganisation «Lavrille».

*Bernhard Hess,  
SD-Geschäftsführer, Bern*

Weiter wurden folgende Parolen für die Eidg. Vorlagen vom 27. September 2009 gefasst:

**Zusatzfinanzierung der IV** (Mehrwertsteuererhöhung)  
**Nein** (Grossmehrheitlich)

**Verzicht Einführung der allgemeinen Volksinitiative**  
**Ja** (Mehrheitlich)

Für die Eidg. Abstimmung vom 29. November 2009 beschlossen die SD folgende Parole:

**Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»** **Ja** (Einstimmig)

## Spendenbarometer

*Liebe Mitglieder und Sympathisanten,*

Dank vieler kleiner und einigen grossen Spenden konnte der Fehlbetrag von Fr. 75000.– Ende August 2009 bereits auf 35000 Franken verringert werden. Damit sind wir aber weiterhin längst nicht über dem Berg. Wir appellieren deshalb nochmals an Sie – eine **freiwillige Spende** nach freiem Ermessen entrichten;

– den **Abonnementsbeitrag 2009 von Fr. 45.–** zu begleichen (Stichwort: Abo 09);

– ein **Förderabonnement von Fr. 70.–** für das laufende Jahr zu finanzieren (Stichwort: Förderabo 09);

– ein **Geschenkabonnement von Fr. 45.–** zu übernehmen. Dieser Ausgabe liegt wiederum ein Einzahlungsschein bei. Ihre Spende – ob gross oder klein – ist äus-

serst willkommen und hilft uns, unseren Kampf für Volk und Vaterland mit etwas weniger Finanzsorgen weiterzuführen. Mit freundeidgenössischem Gruss

*Ueli Brasser, Gemeinderat Zürich,  
Zentralpräsident  
Markus Borner, e. Grossrat Basel,  
Vizezentralpräsident  
Bernhard Hess, e. Nationalrat BE,  
Zentralsekretär*